

# Bei uns in **NRW**

*Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen*

Ausgabe 01/2021  
[www.cdu.nrw](http://www.cdu.nrw)  
Einzelpreis 2,50 €





## Was auch kommt: Ich bleibe in Balance. Mit meinem Einkommenschutz.

Ein regelmäßiges Einkommen ist die Basis für Ihren Lebensstandard – und den Ihrer Familie. Deshalb halten auch Verbraucherschützer eine Absicherung der Arbeitskraft für notwendig. Die gute Nachricht: Mit **SI WorkLife** können Sie Ihr Einkommen jetzt ganz individuell schützen und drohende Einkommensverluste abfedern. Wir bieten passgenaue Lösungen, mit denen Sie genau das versichern können, was Sie wirklich brauchen.

[www.signal-iduna.de](http://www.signal-iduna.de)

**SIGNAL IDUNA**



gut zu wissen



*Liebe Kolleginnen und Leser,*

Anfang dieses Jahres hat die CDU Deutschlands in einem sehr erfolgreichen Verfahren den ersten digitalen Wahlparteitag in der Geschichte unseres Landes durchgeführt. Das war ein mutiger und richtiger Schritt am Beginn dieses neuen Jahrzehnts, das in so vieler Hinsicht ein Modernisierungsjahrzehnt werden soll. Der neue Bundesvorstand muss sich nicht nur kurzfristig mit der Planung und Weiterentwicklung des Bundestagswahlkampfes in den kommenden Wochen und Monaten beschäftigen, sondern auch den Blick auf die kommenden Jahre mit ihren langfristigen Herausforderungen richten. Neben der Corona-Pandemie müssen wir dringend Rückstände bei der Digitalisierung aufholen und die Auswirkungen des Klimawandels anpacken. Wir wollen unser Land nicht nur durch die aktuelle Krise bringen, sondern es in einem bevorstehenden Modernisierungsjahrzehnt auf die Erfolgsspur führen.

Wir wollen Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen und die sich bietenden Chancen unserer Zeit nutzen. Nur durch die gezielte Anwendung zukunftsgewandter Technologien können wir auch nach der Krise Industrieland bleiben und den über Jahrzehnte hart erarbeiteten Wohlstand in unserem Land erhalten. Dabei kommt es auf die Union an, gute

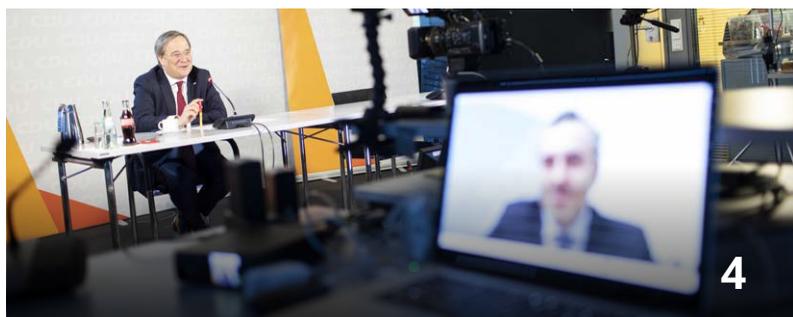
Rahmenbedingungen für die Menschen und Unternehmen zu schaffen. Es mangelt nämlich nicht an Innovationskraft und Know-how, sondern zu häufig an staatlicher Unterstützung.

Seit der Regierungsübernahme vor rund dreieinhalb Jahren haben wir in Nordrhein-Westfalen vieles erreicht, um genau das zu ändern. Wir haben Gesetze und Verordnungen in sechs Entfesselungspaketen massiv entbürokratisiert, Rekordsummen in Digitalisierung, Bildung und Forschung investiert und eine neue Gründerkultur vorangebracht. Diese Arbeit müssen wir als Union auch auf Bundesebene weiterentwickeln, um das ganze Land auf Modernisierungskurs zu bringen. Ich freue mich darauf, diese Aufgabe als neu gewählter Vorsitzender der CDU Deutschlands gemeinsam mit den vielen klugen Köpfen aller Strömungen unserer Partei anzugehen.

Herzliche Grüße und ein gesegnetes Osterfest

*Oliver Lisch*

# Inhalt



## Laschet trifft

4 Thomas Jarzombek

## Digitaler Bundesparteitag

- 8 Armin Laschet ist neuer Vorsitzender der CDU Deutschlands
- 10 Premiere gelungen: Die CDU kann auch digital

## Topthema

11 Aufbruch in die 20er Jahre: Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland!

## Gastbeitrag

14 Ralph Brinkhaus: „Deutschland modernisieren – jetzt die Chancen der Krise nutzen“

## Im Visier

18 Superwahljahr 2021: Das Schreckgespenst ROT-ROT-GRÜN (oder GRÜN-ROT-ROT) verhindern

## Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 16 11 Fragen an Nina Weishaupt
- 17 11 Fragen an Otto Wulff
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 10 und 11 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu.nrw

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

**Bild- und Textredaktion:**  
Katja Heins, Henrik Bröckelmann,  
André Chahoud

**Autoren:**  
Henrik Bröckelmann, Frederik Lehmann,  
Lukas Miebach, Frank Rauer, Günther  
Schuhmacher, Dr. Stephan Terhorst

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 13600 – 0  
Fax: 0211 13600 – 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

**Layout:**  
Designbüdchen  
Patrick Schneider  
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath  
info@designbuedchen.de  
www.designbuedchen.de

**Druck und Versand:**  
Deutsche Post  
E-POST Solutions GmbH  
Hansestraße 2  
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Steffen Bötcher

## Eintrittswelle bei der CDU Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020: Herzlich Willkommen!



Tolle Nachrichten für die CDU in Nordrhein-Westfalen: Seit 2009 sind nicht mehr so viele Mitglieder eingetreten wie im vergangenen Jahr. Wir freuen uns über 5.133 Eintritte in unsere Landespartei im Jahr 2020. Herzlich Willkommen an alle Neuzugänge im Team CDU! Die vielen Eintritte zeigen: Das Engagement in der Volkspartei CDU ist weiterhin hochattraktiv. Sie sind zugleich Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit der CDU in Bund, Land und Kommunen. ■

## Bewerbungsphase der Talentschmiede von CDU und JU läuft

Die #TalentschmiedeNRW von Junger Union und CDU Nordrhein-Westfalen startet in Runde zwei. Das Stipendienprogramm richtet sich an Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, die politisch interessiert sind und Lust darauf haben, sich in diesem Bereich weiterzubilden. Bewerbungen sind bis zum 11. April 2020 möglich. Alle Infos gibt es unter [www.talentschmiede.nrw](http://www.talentschmiede.nrw)! ■



Erster digitaler Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen mit Armin Laschet und Gastredner Markus Söder

## Signal des Zusammenhalts von CDU und CSU

Viel Lob aus Bayern gab es Anfang Januar für unseren Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet: Dr. Markus Söder war als Gastredner beim ersten digitalen Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen dabei und bekundete live zugeschaltet jede Menge Respekt. Er fand nicht nur anerkennende Worte für Armin Laschets Regierungsarbeit in der CDU/FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen, die mit nur einer Stimme Mehrheit regiert, sondern er unterstrich auch Gemeinsamkeiten. Sowohl er als auch Laschet hätten im jeweiligen Bundesland Wahlen gewonnen. Anders als in Bayern sei es aber „in NRW nicht selbstverständlich, dass man Wahlen gewinnt“, sagte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef. Nordrhein-Westfalen setze wichtige Impulse und sei ein starkes Land.

Laschet zeichnete zu Beginn seiner Rede das Bild der CDU als Stabilitätsanker in allen Krisen, die die Bundesrepublik seit ihrer Gründung erlebt habe. Kanzler von Konrad Adenauer über Hel-

mut Kohl bis Angela Merkel hätten Krisen gemeistert. Die CDU habe „immer regiert, wenn es drauf ankommt“, betonte er. Er dankte allen Mitgliedern sowie der kommunalen Familie für ihren engagierten und beherzten Kampf in der Corona-Pandemie. Gemeinsam mit Generalsekretär Josef Hovenjürgen führte Moderatorin Silvia Incardona durch die digitale Veranstaltung und begrüßte zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter die Bundesminister Anja Karliczek und Jens Spahn, den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus, CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak, den Vorsitzenden der NRW-Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Günter Krings, den Vorsitzenden der CDU-NRW-Abgeordneten in der EVP-Fraktion, Dr. Peter Liese, sowie Wirtschafts- und Verbandsvertreter.

Den ganzen Neujahrsempfang können Sie sich unter [www.cdu-nrw.de/cdunj21](http://www.cdu-nrw.de/cdunj21) noch einmal ansehen. ■



Fotos: Ralph Sondermann

# Laschet trifft ...

Passend zum Thema Modernisierungsjahrzehnt hat sich Armin Laschet für die neue Ausgabe des Mitgliedermagazins mit Thomas Jarzombek getroffen. Der Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete ist seit dem Jahr 2019 Beauftragter des Bundeswirtschaftsministeriums für die Digitale Wirtschaft und Start-ups. Schon seit 2018 ist er zudem Nationaler Koordinator der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt. Seine besondere Affinität für Technik und Digitales, die zu dieser ganz besonderen beruflichen Laufbahn geführt hat, hat der 47-Jährige schon früh entdeckt. Sein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tauschte er nach dem Vordiplom gegen die Gründung und den Aufbau seines eigenen IT-Unternehmens, deren geschäftsführender Gesellschafter er bis 2013 blieb. Er war Stadtratsmitglied und wurde 2005 in den Landtag von Nordrhein-Westfalen

# ... Thomas Jarzombek

gewählt. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags, wo er zwischenzeitlich digitalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war.

Auch in der Partei ist Thomas Jarzombek ein Digitalisierungs-Pionier. Schon früh bearbeitete er das Thema für die Düsseldorfer CDU. 2012 gründete er gemeinsam mit dem späteren CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber das inzwischen viel beachtete cnetz, einen der CDU nahestehenden digitalen Think-Tank. Bis heute führt er diesen digitalen Impulsgeber als einer der beiden Sprecher. Sein Zuhause hat Thomas Jarzombek weiterhin in seiner Geburtsstadt Düsseldorf. Dort wurde er 1991 CDU-Mitglied und 2014 als Nachfolger von Klaus-Heiner Lehne Kreisvorsitzender. Für das Gespräch mit Armin Laschet hat sich der engagierte Digitalpolitiker per Videokonferenz aus Berlin zugeschaltet.

## 6 | Laschet trifft

**Lieber Thomas, als Du Dich vor fast 20 Jahren als IT-Berater selbstständig gemacht hast, war nicht nur eine Corona-Pandemie, sondern auch eine Videoschalte, wie wir sie gerade machen, undenkbar. Hättest Du damals gedacht, dass die Digitalisierung einen solchen Schub erleben würde?**

Tatsächlich war ich als Jugendlicher das, was man wohl einen „Computer-Freak“ nennen würde. Auf jeden Fall war ich von Technik immer begeistert und hatte schon früh das Ziel, mich mit der Arbeit mit Computern selbstständig zu machen. Insofern kann man schon sagen, dass für mich klar war, dass das ein faszinierendes Thema mit viel Potenzial ist. Wie schnell und bedeutungsvoll sich dann aber alles entwickeln würde, habe auch ich nicht geahnt.

**Du warst damals Anfang 20 und hast Dich noch vor dem Ende Deines Studiums selbstständig gemacht. Was war für diesen besonderen Schritt ausschlaggebend?**

Wie bei vielen Unternehmern hat sich für mich damals zufällig eine Chance ergeben, die ich dann genutzt habe. Ich hatte die Möglichkeit bekommen, bei einer großen Personalberatung eine IT-Umstellung zu machen. Daraus haben sich dann immer wieder weitere Aufträge ergeben. Am Anfang habe ich das freiberuflich gemacht, dann sind wir aber weiter gewachsen.

**Was haben Deine Eltern und Deine Freunde zu diesem Schritt gesagt?**

Meine Eltern wussten damals noch nicht so richtig, was sie davon halten sollen (lacht), aber ich hatte viele in meinem Freundeskreis, die auch davon geträumt haben, sich selbstständig zu machen und beispielsweise Drehbuchautor oder Fotograf geworden sind – da war ich also gut aufgehoben. Auch heute bin ich noch mit vielen von ihnen im Kontakt.

**Hilft Dir Deine Erfahrung als Unternehmer bei Deiner politischen Arbeit?**

Ja, sehr! Beispielsweise jetzt in dieser Corona-Phase verstehe ich aus den eigenen Erfahrungen gut, wie die Sorgen und



Nöte von Freiberuflern und kleineren Unternehmen sind. Meine Firma hatte im Schwerpunkt Kunden, die oft eine Größe von etwa 5-25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hatten und vor ganz typischen Herausforderungen standen und heute wieder stehen. Es ist auch eine wertvolle Erfahrung, im Unternehmen Personalverantwortung mit allen Herausforderungen – auch in schlechten Zeiten – erlebt zu haben. Zuletzt ist es natürlich auch inhaltlich von Vorteil, wenn man als Digitalpolitiker in der Technik sattelfest ist.

**2005 hast Du Dein kommunalpolitisches Hobby zum Beruf gemacht. Du bist in den Landtag Nordrhein-Westfalen eingezogen, 2009 dann in den Deutschen Bundestag. Was war für Dich für den Schritt vom Rhein an die Spree ausschlaggebend?**

Der Schritt in die Landespolitik war immer ein Traum, besonders als Düsseldorfer – wer hat schon ein eigenes Landesparlament in der Stadt (lacht)? Es war eine spannende Zeit, die ich normalerweise sicher auch gerne fortgesetzt hätte. Aber als die damalige Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete Hildegard Müller sehr unerwartet kurz vor der Aufstellungsversammlung erklärte, nicht erneut antreten zu wollen, ergab sich hier eine Chance, Politik noch mehr gestalten zu können. Diese wollte ich nutzen und habe es bis heute nicht bereut.

**Gibt es ein politisches Projekt oder eine Initiative, auf die Du besonders stolz bist?**

Vielleicht auch, weil es so aktuell ist, fällt mir da direkt der Zukunftsfonds ein, den wir mit dem Bundeshaushalt für das Jahr 2021 beschlossen haben und jetzt mit Leben füllen. Damit investieren wir 10 Milliarden Euro staatliches und zusätzlich 20 Milliarden Euro privates Geld in Gründerinnen und Gründer. Damit wollen wir neue Technologien fördern, aber auch ausdrücklich die Tür für Herausforderer der etablierten Unternehmen öffnen. Start-ups und Disruption sind zentral für die Industrie der Zukunft. Nehmen wir zwei Beispiele: Der erste Flug der NASA zur ISS von amerikanischem Boden seit fast zehn Jahren gelang mit SpaceX. Und auch bei dem Rennen um einen Corona-Impfstoff haben es Startups wie BioNTech und Curevac geschafft, nicht aber die Platzhirsche. Die größere Innovationskraft haben nämlich oft neue Akteure. Es ist meine Leidenschaft, diese Herausforderer und neue Ideen zu unterstützen. Damit schaffen wir zudem



ein Gegengewicht zu der amerikanischen Überlegenheit, die sich auf dem Gebiet der Digitalwirtschaft gebildet hat.

***Neben der Arbeit als Abgeordneter und Unternehmer hast Du 2012 mit dem cnetz einen Think-Tank mitgegründet, der gerade für die CDU ein immer wichtigerer Taktgeber geworden ist. Wie kam es dazu?***

Peter Tauber und ich hatten damals das Problem, dass wir mit unserer Begeisterung für die Möglichkeiten der Digitalisierung ein bisschen als „Junge Wilde“ galten. Gestandene Kultur- und Medienpolitiker betrachteten uns und Themen wie Social Media mit Argusaugen. Wir haben mit dem cnetz eine Plattform geschaffen, in der wir uns mit Gleichgesinnten zusammenschließen konnten, um Wege zu finden, die vielen Chancen der Digitalisierung für unsere Partei zu nutzen. Dafür haben wir glücklicherweise bundesweit sehr viel Zuspruch bekommen. In der letzten Zeit hat sich in unserer Partei beim Thema Digitalisierung vieles getan. Der digitale Parteitag im Januar war ein Meilenstein. Das hat noch keine andere Partei so hinbekommen. Und auch in den Sozialen Medien sind wir von der Bundespartei bis zum Kreisverband vor Ort inzwischen in der ganzen Breite auf einem guten Weg. Das wird auch für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf wichtig sein, der nicht nur wegen Corona sicher sehr digital sein wird.

***Ist Skepsis gegenüber der Digitalisierung eine Frage des Alters?***

Nein, das denke ich nicht. Musterbeispiel ist da sicher unser ehemaliger Bundesminister Heinz Riesenhuber (lacht)! Es kommt auf das Alter im Kopf an und hier sind viele Ältere begeisterungsfähig wie Kinder – im positiven Sinne. In Düsseldorf haben wir auch bei der Analyse unseres erfolgreichen Kommunalwahlkampfes im vergangenen Jahr festgestellt, dass wir mit unserem gezielten Online-Wahlkampf über Facebook gerade viele Ältere erreicht haben. Begeisterung für Digitalisierung ist wahrscheinlich eher eine Frage der Neugier. Hinzu kommt, dass Corona viele bei der Digitalisierung zu einem „Crashkurs“ gezwungen hat, die nun dabei bleiben werden.

***Neben der Digitalpolitik kümmerst Du Dich um die Luft- und Raumfahrtindustrie. Was sind in diesem Bereich Deine Arbeitsschwerpunkte und Prioritäten?***

Die Luftfahrtindustrie ist eine ganz klassische Industrie mit mehr als einer Million Arbeitsplätzen, gerade auch Nordrhein-Westfalen ist hier stark. Was nicht immer so bekannt ist: Deutschland ist auch ein weltweit führender Standort für die Herstellung von Flugzeugen. So werden die meisten Flugzeuge der A320-Klasse von Airbus bei uns gebaut und entwickelt. Natürlich gibt es da gerade in dieser Corona-Phase viel zu tun, um durch die Krise zu kommen und sich für die Zukunft gut aufzustellen. Emissionsfreie Flugzeuge sind beispielsweise ein großes Thema. 2030 bis 2035 wollen wir die ersten elektrisch angetriebenen Flugzeuge auf Was-

serstoffbasis auf den Markt bringen. Beim Thema Raumfahrt befinden wir uns gerade auf dem Sprung von einer Manufaktur zu einer boomenden Industrie. Was dabei möglich ist, zeigt uns Elon Musk in den USA, der beinahe wöchentlich Starts organisiert und für „Starlink“ (Ziel: weltweiter Internetzugang) in kurzer Zeit fast tausend Satelliten ins Weltall gebracht hat – und es sollen noch bis zu 40.000 werden. Damit verbunden ist ein großes technisches Potenzial, wo wir in Deutschland mit dabei sein wollen. Denn Digitalisierung ist der Treiber für vieles. Da sind wir dann auch wieder bei den Start-ups, die uns auf diesem Weg unterstützen sollen.

***Das passt dazu, dass wir als Union ein Modernisierungsjahrzehnt für unser Land starten wollen. Der von Dir beschriebene Zukunftsfonds ist dafür sicher ein wichtiger Schritt. Was brauchen wir aus Deiner Sicht noch, um auf diesem Weg erfolgreich zu sein?***

Klar brauchen wir schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie, um Innovationen zu fördern. Vor allem brauchen wir aber die grundsätzliche Mentalität, sich auf Neues einzulassen und dabei auch Risiken einzugehen. Nicht alles kann im ersten Moment perfekt funktionieren. Ohne eine solche, gesunde Einstellung wird man auch mit den tollsten politischen Initiativen am Ende nicht erfolgreich sein.



***Vielen Dank, lieber Thomas, für dieses gute Schlusswort. Das denke ich auch und deshalb sollten wir nun alles dafür tun, dass die CDU in der nächsten Bundesregierung möglichst stark vertreten ist. Mit Rot-Rot-Grün wird es wohl kein Modernisierungsjahrzehnt geben. Auch Dir deshalb viel Erfolg für Deine erneute Kandidatur in Düsseldorf und Deine weitere Arbeit!*** ■

A photograph of Armin Laschet, a German politician, speaking at a podium. He is wearing a dark blue suit, a white shirt, and a light blue patterned tie. He is holding a small gold coin in his right hand. The background is a light blue wall with the letters 'CDU' repeated. A microphone is positioned in front of him. A sign on the podium reads '#W'.

# **Armin Laschet ist neuer Vorsitzender der CDU Deutschlands**



**Mit 83,35 Prozent der Delegiertenstimmen des 33. Parteitags der CDU wurde der Aachener per Briefwahl als CDU-Vorsitzender und damit als Nachfolger von Annegret Kramp-Karrenbauer gewählt.**

Armin Laschet bedankte sich für das „große Vertrauen“. Das Ergebnis stehe für eine große Beteiligung der CDU-Mitglieder. Als Parteivorsitzender sei ihm wichtig, dass die drei Wurzeln der CDU, die christlich-soziale, die liberale und die konservative, weiterhin sichtbar blieben. „Mein Ziel ist es: Führen und zusammenführen. Ich möchte Ideen umsetzen, aber im Dialog mit allen, die daran mitwirken“, fasste der neugewählte Bundesvorsitzende zusammen.

#### **Fairer innerparteilicher Wettstreit**

Der Briefwahl vorausgegangen war ein fairer innerparteilicher Wettkampf zwischen Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen. Die drei hatten sich in zahlreichen Videokonferenzen – einzeln und zu dritt – den Fragen der Mitglieder gestellt. Auf dem ersten digitalen Parteitag der CDU konnte sich Armin Laschet dann im zweiten Wahlgang der digitalen Vorwahl gegen Friedrich Merz durchsetzen.

In seiner Bewerbungsrede hatte Laschet zuvor vor allem seine Erfahrung als Regierungschef betont. „Man muss das Handwerkszeug einer Politik der Mitte beherrschen“, sagte er und verwies auf die Verhandlungen zum Kohleausstieg oder den Kampf gegen die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen.

Er würdigte die Verdienste von Kanzlerin Angela Merkel, deren Ansehen sich in einem Wort zusammenfassen lasse: Vertrauen. Die CDU werde aber nicht für die Verdienste der Vergangenheit gewählt, so Laschet. Deshalb sprach er sich für ein „Modernisierungsjahrzehnt“ für unser Land aus. Die Partei müsse dabei wieder verstärkt zu einer „Ideenschmiede“ werden und Impulse setzen.

#### **Vertrauen als wichtigste Frage für die Demokratie**

„Wem vertrauen?“: Das sei nun auch die wichtigste Frage für die Demokratie in Deutschland. Im emotionalsten Teil seiner Rede hielt der Sohn eines Bergmanns die glänzende Messingmarke mit der Erkennungsnummer 813 der längst stillgelegten Alsdorfer Zeche Anna I in die Parteitagskamera. An die

Delegierten vor den Bildschirmen gerichtet sagte Laschet, sein Vater habe die Marke von seinem Schlüsselbund gelöst und sie ihm als Glücksbringer mitgegeben. Er habe ihm gesagt: „Sag den Leuten, sie können Dir vertrauen.“ Und dieses Vertrauen schenkten ihm die Delegierten mit 521 Stimmen im zweiten Wahlgang.

Nach der Entscheidung in der Vorsitzfrage galt es für die Delegierten noch, das #teamCDU für die kommenden zwei Jahre zu besetzen und die Führungsgremien der CDU neu zu wählen. Neben Armin Laschet gehören aus Nordrhein-Westfalen Jens Spahn als stellvertretender Vorsitzender sowie Karl-Josef Laumann und Norbert Röttgen als weitere Mitglieder nun dem Präsidium der CDU an. (Alle gewählten Bundesvorstandsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen s. Kasten auf der Heft-Rückseite.)

#### **Gemeinsam für Grundsätze kämpfen**

In seinem Schlusswort stimmte Armin Laschet die Mitglieder und Delegierten auf das vor uns liegende Superwahljahr ein: „Der Satz von Einigkeit und Recht und Freiheit ist in diesen Zeiten aktueller denn je: Lassen Sie uns gemeinsam für diese Grundsätze streiten mit allen, die das gefährden wollen.“

Die CDU habe mit dem ersten digitalen Parteitag gezeigt, was sie könne. Laschet bedankte sich für den fairen Wettbewerb bei Friedrich Merz und Norbert Röttgen. Er freue sich darauf, mit beiden auch künftig zusammenzuarbeiten. Die Union stehe zusammen.

Wichtigste Aufgabe in den kommenden Monaten bleibe der Kampf gegen Corona: Die Menschen interessiere vor allem, wie Deutschland gut durch die Pandemie komme. „Daher müssen wir alle auf allen Ebenen in den nächsten Tagen alle Kräfte auf diese Aufgabe lenken“, so Laschet. Alleine schaffe er das nicht, aber: „Wir haben tolle Leute im Präsidium, tolle Stellvertreter – alle sollen ihren Platz haben.“ Nach der Briefwahl gehe der gemeinsame Kampf los: „Darauf freue ich mich“, betonte Laschet zum Abschluss dieses in jeder Hinsicht historischen Parteitags. Ein Parteitag, zu dem selbst der politische Gegner gratulierte. Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel twitterte: „Gewinner des Parteitags ist die CDU.“ ■



Fotos: Steffien Böttcher, Tobias Koch



## Premiere gelungen: Die CDU kann auch digital

Es war eine echte Premiere. Als erste Partei in Deutschland hatte sich die CDU Deutschlands am 15. und 16. Januar vorgenommen, einen Parteitag mit Vorstandswahlen volldigital durchzuführen.

Schon Tage vorher ging's los: Zahlreiche Delegierten posteten in den Sozialen Medien Videos und Fotos, die sie beim Auspacken ihrer persönliche Parteitagsbox zeigten. Ein Phänomen, das man sonst nur kennt, wenn das neueste Smartphone erscheint. In der Delegiertenbox befand sich alles, was für einen gelungenen Parteitag zu Hause gebraucht wurde: Ladekabel, die traditionelle Parteitagstasse, eine Kerze für die Parteitagsandacht und ein Kuchen-Snack für zwischendurch. Doch das Wichtigste waren natürlich die Zugangsnummern für den digitalen Plenarsaal und die digitale Wahlkabine.

Der 33. Parteitag der CDU hat das Team des Konrad-Adenauer-Hauses um Generalsekretär Paul Ziemiak und CDU-Bundesgeschäftsführer Stefan Hennewig in vielerlei Hinsicht vor ganz neue Herausforderungen gestellt: Eine ganze Halle auf dem Berliner Messegelände wurde benötigt, um vier Bühnen zur Live-Übertragung unter Corona-Bedingungen in Betrieb zu nehmen.

Mit mehr als 200.000 Besuchern in der Spitze erlebte die Parteitags-Webseite [www.cdu-parteitag.de](http://www.cdu-parteitag.de) neue Bestmarken.

Zahlreiche Hacker-Angriffe aus dem In- und Ausland konnten dank der guten digitalen Infrastruktur abgewehrt werden, und trotz hoher Auslastung der Datenserver blieb die Verbindung stets stabil. Möglich war dies, weil sowohl der digitale Plenarsaal wie auch die digitale Wahlkabine außerhalb der normalen CDU.de-Infrastruktur lagen. Herzstück war eben diese digitale Wahlkabine, in der es den 1.001 Delegierten möglich war, von Zuhause aus mit ihrem privaten Endgerät an den zahlreichen geheimen Abstimmungen teilzunehmen.

Der digitale Parteitag hat Maßstäbe gesetzt. Bis auf den kurzzeitigen Mikrofon-Ausfall des Delegierten Hans-Werner Adams aus Rheinland-Pfalz, der zum heimlichen Star des Parteitags avancierte, funktionierte alles problemlos. Die digitalen Wahlen mussten im Nachhinein aus rechtlichen Gründen noch per Briefwahl bestätigt werden, auch das eine Premiere. Doch die hohe Beteiligung von 983 der 1.001 Delegierten zeigt, dass die CDU auch hier auf der Höhe der Zeit ist. Und so konnte Generalsekretär Paul Ziemiak resümieren: Die CDU rede nicht nur über Digitalisierung, sie könne auch Digitalisierung. „Die letzten Wochen waren Volkspartei pur“, so der Generalsekretär. ■

**Alle Informationen zum 33. Parteitag:  
[www.cdu-parteitag.de](http://www.cdu-parteitag.de)**

**LANDTAG aktuell:** Unter dieser Marke informiert die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre parlamentarischen Vorhaben und Aktivitäten.

## Aus dem Morgen denken

*Gastbeitrag von Matthias Kerkhoff, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion*

**W**elches Bild werden kommende Generationen im Kopf haben, wenn sie einmal auf diese Zeit der Corona-Krise zurückblicken? Die Antwort auf diese zentrale Frage wird uns zeigen, ob wir die Chance ergriffen haben, aus den Zwanzigerjahren des 21. Jahrhunderts Jahre zu machen, in denen wir Mut für Veränderungen hatten. Unser Anspruch darf nicht sein, an dem Zeitpunkt wieder einzusetzen, als Deutschland in den ersten Lockdown ging. Das Corona-Jahr darf kein verlorenes Jahr sein.

Schon bevor Corona in unser aller Leben trat, hatte der beinahe zehnjährige Aufschwung nach der Finanzkrise seinen Höhepunkt überschritten. Längst nicht alle Ausgaben der vergangenen Jahre konnten als zukunftsgerichtet etikettiert werden. Unser Gesundheitssystem hat sich in der Pandemie als robust erwiesen und durch Kurzarbeit konnten bislang viele Jobverluste vermieden werden. Ein starker und handlungsfähiger Staat, der zu sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt beiträgt, braucht eine leistungsfähige Wirtschaft. Die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit gehört jetzt in den Mittelpunkt.

Daher wollen wir Nordrhein-Westfalen als einen modernen und zunehmend klimafreundlichen Industriestandort weiterentwickeln. Der Transformationsprozess zur klimaneutralen Industrie muss begleitet werden mit Modernisierungsinvestitionen. In Nordrhein-Westfalen haben wir mit den Entfesselungspaketen einen Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet, das muss uns überall gelingen, genauso wie eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung durch E-Government-Prozesse. Die staatlichen Ebenen müssen effizienter und untereinander besser vernetzt werden, auch das ist eine Lehre aus den vergangenen Monaten. Nicht alles ist gut gelaufen.

Zugunsten von Innovationen braucht es Förderung bei Start-ups und Investitionen in die digitale Infrastruktur. Deshalb ist der Breitband- und Mobilfunkausbau so wichtig. Nordrhein-Westfalen hat zuletzt viel getan, um aufzuholen. Nicht erst die Corona-Warn-App mit ihrer überschaubaren Wirkung hat aber gezeigt, dass wir eine Debatte zur Chance-Risikoabwägung bei

der Nutzung digitaler Daten brauchen. Während wir Digitalkonzernen einen immensen Einblick in unsere Lebensgewohnheiten gewähren, herrscht großes Misstrauen gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat. In einer digitalen Welt, bei der etwa autonomes Fahren, Industrie 4.0-Prozesse und Künstliche Intelligenz vermehrt Anwendung finden, brauchen wir eine Debatte über Datensicherheit und Datensouveränität und ebenso europäische Projekte wie die Cloudlösung GAIA-X, die Vertrauen schaffen kann.

Die Entwicklung eines biotechnologischen Impfstoffs in Deutschland hat gezeigt, welch großes Potenzial vorhanden ist, wenn Forschergeist, Technologieoffenheit und Kapital zusammenkommen. Wir brauchen mehr Offenheit für neue Technologien und weniger Bedenken. Die Abhängigkeit bei Medikamenten und Schutzausrüstung von ostasiatischen Ländern war in der ersten Phase der Pandemie problematisch. Wir stärken unsere Krisen-Resilienz, wenn wir zumindest europäisch die Dinge neu denken, ohne in Protektionismus zu verfallen.

Der Zukunftsforscher Matthias Horx bezeichnet in seinem Buch „Die Zukunft nach Corona“, das schon im Mai 2020 (!) erschienen ist, die Pandemie als Tiefenkrise, in der die Zukunft die Richtung ändere. Wie handlungswillig und handlungsfähig wir sind, werden kommende Generationen daran messen, was wir aus den Chancen dieser Krise gemacht haben. Konkret, ob es uns heute gelingt, aus dem Morgen zu denken.



**Matthias Kerkhoff**

**Parlamentarischer Geschäftsführer**

# Der digitale Wandel ist jetzt

*Interview: Bei den Herausforderungen des anstehenden Jahrzehnts steht die Digitalisierung als Werkzeug im Mittelpunkt. Florian Braun steht als digitalpolitischer Experte der CDU-Landtagsfraktion Rede und Antwort.*

**Bevor wir zur Digitalisierung kommen, was ist der analogste Gegenstand, den Sie besitzen?**

Das ist wohl mein zweizylindriger Oldtimer-Traktor von 1957. Den habe ich mit 16 von meinem Großvater übernommen und ganz analog restauriert. Bei gemütlichen 15 km/h auf den Feldwegen Kölns kann ich richtig gut abschalten.

**Apropos, Traktor ... Es gibt den berühmten Satz, wir bräuchten 5G nicht an jeder Milchkanne. Stimmt das?**

Insbesondere an den Milchkannen würde sich mancher Bauernhof über 5G freuen. Schließlich ist die Landwirtschaft selbst mittlerweile eine hoch technologisierte und vernetzte Branche. Und die Anwendungsfälle für mobile, nutzer- und datenintensive Echtzeitübertragungen steigen rapide. Mit der 5G.NRW-Förderung machen wir Nordrhein-Westfalen zum 5G-Innovationslabor für Industrie, autonomes Fahren und Co. Meine Prognose: Wir werden auf jeden Fall mehr 5G-Antennen als Milchkannen in unserem Land brauchen.

**Digitalisierung ist zwar mehr als nur Breitband. Aber ohne Breitband ... Wo stehen wir da?**

... ohne Breitband ist digital tote Hose. Seit 2017 haben wir Boden gutgemacht und spielen im Bundesländerranking oben mit. Im internationalen Vergleich muss dagegen ganz Deutschland aufholen. In Nordrhein-Westfalen sind aktuell rund 85 Prozent der Hausanschlüsse gigabitfähig. Wir wollen das flächendeckend. 99 Prozent der NRW-Haushalte sind mit LTE abgedeckt. Wir wollen aber auch die Straßen, Schienen, Wälder und Felder versorgt wissen. Als erstes Bundesland haben wir einen Mobilfunkpakt mit den ausbauenden Unternehmen geschlossen und stellen für jeden geförderten Glasfasermeter die Co-Finanzierung sicher.

**Wie hilft Digitalisierung in Corona-Zeiten?**

Immens. Ohne Digitalisierung kein Home-Office. Ohne Digitalisierung keine effektive Nachverfolgung. Ohne Digitalisierung keine weltweite Impfstoff-Herstellung in Rekordzeit. Ohne Digitalisierung wären soziale Kontakte vielfach komplett abgerissen. Nicht alles wird automatisch durch die Möglichkeiten der Digitalisierung besser. Aber ohne

Digitalisierung? Kaum vorstellbar. Ich sehe uns auch in der politischen Verantwortung, Nutzen aus der Digitalisierung zu ziehen.

**Wie sieht denn die Digitalstrategie für Nordrhein-Westfalen aus?**

Die Landesregierung hat 2019 eine Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen unter öffentlicher Beteiligung erarbeitet. So etwas gab es vorher nicht. Die elementare Arbeitsgrundlage lautet: Digitalisierung ist keine Aufgabe, die man heute angeht und morgen, spätestens übermorgen erledigt hat. Der digitale Wandel ist ein Dauerbrenner. Deshalb wird die Digitalstrategie fortgeschrieben und jeder in Nordrhein-Westfalen kann sich unter [digitalstrategie.nrw](https://www.digitalstrategie.nrw) daran beteiligen. In der aktuellen Fassung beschreibt die Landesregierung sehr konkret, woran sie arbeiten will: an der Zukunft der digitalen Arbeits- und Bildungswelt und an der Nutzung intelligenter Systeme für Mobilität, Umwelt und Gesundheit. Darüber hinaus werden Schnittstellen beleuchtet: zwischen Verwaltung und Bürger, zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, zwischen Sicherheit und Datenschutz. Im Mittelpunkt stehen dabei immer die Chancen der Digitalisierung für den Menschen. Das ist uns als CDU-Fraktion ein besonderes Anliegen: Digitalisierung im Dienst der Menschen zu betrachten und Teilhabe zu ermöglichen. Das klingt wahrscheinlich erst einmal recht abstrakt, ist aber in meinen Augen unabdingbar für einen ethischen Kompass im digitalen Dickicht.

**Keine Digitalisierung ohne Ideen aus der Wissenschaft.**

**Wo bündeln sich die Initiativen?**

Ein unschlagbarer Standortvorteil Nordrhein-Westfalens ist die Hochschuldichte einerseits und Unternehmensdichte andererseits. Das machen wir uns zunutze. Zum einen bilden wir sogenannte Cluster für thematische Schwerpunkte. Medizin.NRW, Bio.NRW oder KI.NRW sind drei aktuelle Beispiele dafür. Zum anderen fördern wir Standortschwerpunkte wie Cybersicherheit in Bochum, Bioökonomie in Jülich oder intelligente Produktionssysteme in Aachen und Paderborn. So vernetzen wir unsere klügsten Köpfe und machen unsere stärksten Standorte international konkurrenzfähig.

**Jede Idee ist nur so gut, wie ihre Umsetzung - kann NRW mithalten?**

Bei der Umsetzung hilft Gründergeist. Wir setzen auf kreative und mutige Macher. Die Startup-Szene hat unter an-

derem dank unseres Gründerstipendiums wieder Lust auf Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile sind 20 Prozent aller deutschen Gründerinnen und Gründer bei uns angesiedelt – mehr als in jedem anderen Bundesland. Wegen der besonders hohen „B2B“-Quote von 75 Prozent wirken sie gleich mehrfach positiv auf die Innovationskraft unserer Wirtschaft.

**Welche Innovation aus Nordrhein-Westfalen fasziniert Sie?**

Ich kann mich für viele Dinge begeistern. Dass eine Künstliche Intelligenz es anhand eines vorgegebenen Algorithmus schafft, sich selbst innerhalb von Sekunden einem Ergebnis anzunähern, wozu manchmal ein Menschenleben nicht ausreichen würde, finde ich besonders faszinierend. In Jülich steht der schnellste Rechner Europas: Der neue Supercomputer JUWELS kann unvorstellbare 2,5 Trillionen Rechenoperationen pro Sekunde durchführen. So ein Rechner ist europaweit unverzichtbar für die Entwicklungen des anstehenden Jahrzehnts.

**Technischer Fortschritt wandelt auch die Gesellschaft, in der wir leben. Inwieweit muss Politik die Menschen vorbereiten?**

Der Schlüssel ist Bildung. Manch eine Unsicherheit ist der Unwissenheit geschuldet. Nicht jeder von uns muss nun IT-Experte werden. Doch wir müssen darauf achten, nicht nur die Kompetenz zur Nutzung digitaler Anwendungen zu vermitteln, sondern auch ein Grundverständnis für digitale Prozesse. Für unsere Schulen heißt das: Neben dem akuten Ausstattungsupgrade brauchen wir ein Update des Lehrplans und eine Offensive für die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals. Das wird eine Daueraufgabe für das Modernisierungsjahrzehnt. Eine Gesellschaft hat sich immer dann robust gezeigt, wenn sie aus mündigen Bürgerinnen und Bürgern bestand. Durch die Vermittlung von Digitalkompetenz eröffnen wir die Chance zur Teilhabe und machen unsere Gesellschaft robust für die digitale Zukunft.

(Foto: Vivien Balkenhol / vibagrafik)

**Florian Braun**

**Sprecher für Digitalisierung und Innovation**

Florian Braun, geboren 1989 in Aachen, in Köln aufgewachsen. Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln, bis zum Einzug in den Landtag angestellt bei einem Verband der Telekommunikationswirtschaft. Vom Digitalen angeht und umtrieblich im Netz. Seit 2017 unser jüngster Abgeordneter. In der CDU-Landtagsfraktion Sprecher für Digitales und Innovation und Sprecher der Jungen Gruppe.

# Wir machen das Bauen leichter, digitaler, klimafreundlicher und barrierefrei

Unser Zuhause ist uns allen wichtig – ein Ort, an den man sich gerne zurückzieht, ein Ort, an dem die Familie zusammenkommt. Gerade in Zeiten des Lockdowns und des dringenden Appells, zu Hause zu bleiben, ist die Wohnung oder das Haus eine Burg, in der wir uns wohlfühlen wollen.

Bauen und Wohnen ist ein Kernthema der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. So wurde jüngst der Novelle der Landesbauordnung von Fachleuten attestiert, dass mit ihren Regelungen das Bauen in Nordrhein-Westfalen zukünftig noch einfacher und nachhaltiger wird. Gleichzeitig wird das Wohnen barrierefrei. Unser baupolitischer Sprecher Fabian Schruppf setzt sich politisch dafür ein, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, dass wir die Chancen der Digitalisierung beim Bauen stärker nutzen und vor allem dafür, dass es mehr zusätzlichen Wohnraum in Nordrhein-Westfalen gibt. Auch in diesem Feld sieht die Bilanz aus 2020 zur öffentlichen Wohnraumförderung, die unsere Bauministerin Ina Scharrenbach vorgestellt hat, gut aus.

„Wir halten Wort“, erklärt Fabian Schruppf mit Blick auf die Zahlen. „In Nordrhein-Westfalen sind 2020 mit über einer Milliarde Euro Wohneinheiten gefördert worden – ein Plus sowohl finanziell als auch bei der Anzahl der insgesamt geförderten Wohnungen. Es gibt zudem einen Höchststand bei den erteilten Baugenehmigungen zu vermeiden, Höchststände in der Wohnraumförderung, einen Höchststand an Gesamtwohnungen in Nordrhein-Westfalen, einen Höchststand bei neugebauten Wohnungen. Mithin wurden 2019 in unserem Land so viele Wohnungen fertiggestellt wie seit 15 Jahren nicht mehr.“ Gleichzeitig denken wir natürlich an morgen und haben den Klimaschutz auch beim Bauen im Blick. So werden CO<sub>2</sub>-Gebäudeemissionen reduziert. Ins-

gesamt werden dadurch in den energetisch modernisierten Mietwohnungen pro Jahr Einsparungen von rund 5000 Tonnen CO<sub>2</sub> erreicht. Die neue Landesbauordnung stärkt zudem den Photovoltaik-Ausbau, fördert die umweltfreundliche Begrünung von Fassaden und Dächern und erleichtert es, den Mobilfunkausbau, insbesondere das zukunftsweisende „5G-Netz“, zügiger voranzutreiben.

## Innovatives Bauen in Nordrhein-Westfalen:

- Das Ziel ist die Digitalisierung von Bauverfahren.
- Landesweit stehen allein im Jahr 2021 2,5 Millionen Euro für Forschungsvorhaben, Wissenstransfers, Modellprojekte und innovative Bauverfahren zur Verfügung.
- Das Geld fließt unter anderem in Forschung für das 3D-Betondruckverfahren, zur Baurobotik oder zum Holzbau und in die Implementierung innovativer Technologien in der Bauwirtschaft.
- Das erste Haus in Deutschland, das im 3D-Druckverfahren gebaut wird, steht im nordrhein-westfälischen Beckum – für dieses Verfahren stehen Mittel im Haushalt zur Verfügung, die für innovativ geschaffenen Wohnraum genutzt werden können.
- Mit rund 3,5 Millionen Euro wird die Modernisierung von insgesamt 48 Wohnungen gefördert, bei der die Fassadenbegrünung ein wichtiger Bestandteil ist.



## Für eine sichere Zukunft

Geld für unsere Polizei ist immer eine sichere Investition in die Zukunft Nordrhein-Westfalens – davon sind wir überzeugt. Und dafür steht auch der Haushalt 2021, der für das Ressort des Innenministeriums zum vierten Mal in Folge eine satte Steigerung vorsieht – auf nunmehr 6,4 Milliarden Euro. Mehr Manpower und neue Technik sind die Schwerpunkte für die Innere Sicherheit.

Die wichtigste Waffe im Kampf für eine sichere Zukunft sind die Menschen, die unser Land schützen. Deshalb erhöhen wir erneut die Zahl der jungen Kommissaranwärterinnen und -anwärter – von 2000 im Jahr 2017 auf 2660 in diesem Jahr. Seit 2018 haben wir zudem 2000 neue Stellen für Tarifbeschäftigte – sogenannte Polizeiverwaltungsassistenten – geschaffen, um die Beamtinnen und Beamten zu unterstützen. Aber: Wenn wir unserer Polizei für die Herausforderungen von morgen den Rücken stärken wollen, genügt es nicht, sie nur personell zu stärken. Unsere Ermittlerinnen und Ermittler sind zum Teil erheblichen psychischen Belastungen ausgesetzt in ihrer täglichen Arbeit zu unserem Schutz – das gilt in ganz besonderer Weise für die Spezialistinnen und Spezialisten, die sich durch die Datenberge aus Fällen sexueller Ausbeutung von Kindern kämpfen. „Keiner von uns kann sich ausmalen, was es bedeutet, einen vollen Arbeitstag vor dem Rechner zu sitzen und der Vergewaltigung von Kindern zuzusehen“, verdeutlicht Christos Katzidis, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Diese Ermittlerinnen und Ermittler tun das mit dem eisernen Willen, die kleinen Opfer aus ihrem Leid zu befreien.“ Und das mit Erfolg: Vier von fünf Tätern können gefasst werden. Gemeinsam mit

der FDP haben wir deshalb beschlossen, für diese Arbeit eine Erschwerniszulage von 300 Euro im Monat zu zahlen – ein deutliches Zeichen der Wertschätzung. Das Innenministerium hat diesen Vorstoß aus dem Landtag prompt aufgenommen und zahlt diese Zulage bereits seit Anfang dieses Jahres.

Wertschätzung für diejenigen, die uns alle schützen – das ist ein Kernthema der NRW-Koalition. Sie drückt sich insbesondere aus in moderner Schutzausrüstung und Technik. Allein 9500 Bodycams erhalten Polizistinnen und Polizisten in diesem Jahr, um sich im Einsatz zu schützen und Beweise zu sichern. Mit 20.000 Smartphones sollen sie mobiler und vernetzter arbeiten können. Zudem sind ab 2021 mehr als 100 Drohnen in Nordrhein-Westfalen im Einsatz, die der Polizei „von oben“ bei der Überwachung helfen. Mit dem Beginn des Jahres hat die NRW-Koalition zudem ein weiteres Wahlversprechen umgesetzt: Mehrere Polizeibehörden von der Ruhrgebietsmetropole bis zum Landkreis erproben bei einem einjährigen Pilotprojekt jetzt Distanzelektroimpulsgeräte – kurz auch Taser genannt – im Streifendienst. „Für mich ist damit ein langjähriges Ziel erreicht“, so CDU-Fraktionsvize Gregor Golland. „Die Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber unseren Einsatzkräften nimmt leider stetig zu – gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Taser können deeskalierend wirken und schützen somit die Polizistinnen und Polizisten vor Angriffen.“ Bewähren sich die Elektroschock-Pistolen im Test bis 2022, sollen sie im ganzen Land eingesetzt werden können. Bisher arbeiten in Nordrhein-Westfalen nur Spezialkräfte mit den Elektroimpulsgeräten.

# Trotz Corona den Sport im Blick behalten

Die Corona-Pandemie hält unser Land in Atem. Das gesellschaftliche Miteinander fehlt in allen Bereichen – im Privaten, am Arbeitsplatz. Aber auch im Sport, der von Kontakt und Begegnung lebt. Damit in Nordrhein-Westfalen, dem Sportland Nummer 1, Vereine nicht an der Pandemie zugrunde gehen, hat die NRW-Koalition viele Hilfsprogramme auf den Weg gebracht. Immerhin dient der Sport nicht nur der Gesundheit, sondern fördert sozialen Zusammenhalt, ehrenamtliches Engagement, Teilhabe und Integration.

Ein Lichtblick war für viele Schatzmeister die im April 2020 auf den Weg gebrachte „Soforthilfe Sport“ für den Amateur- und Breitensport. 10 Millionen Euro hat die Landesregierung für notleidende Vereine zur Verfügung gestellt. Und die Hilfen kommen an: Mit Stand Mitte Februar 2021 waren laut Landessportbund 1242 Anträge in Höhe von rund 9,3 Millionen Euro bewilligt. Die NRW-Koalition behält die Vereine im Blick, deshalb bewilligte der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags bereits Anfang Februar die Erhöhung der Soforthilfe Sport um weitere 5 Millionen Euro.

Neben dem Amateur- und Breitensport sind aber auch viele semiprofessionelle Vereine in Not geraten. Mit der „Soforthilfe Profisport“ wurden 15 Millionen Euro für Einnahmeverluste bei betroffenen Viertligisten in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Damit soll Insolvenzen und Arbeitsplatzverlusten entgegengewirkt werden. Ein weiterer wichtiger Pfeiler ist die Öffnung der NRW-Soforthilfe aus dem Corona-Rettungsschirm für freiberufliche Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainern.

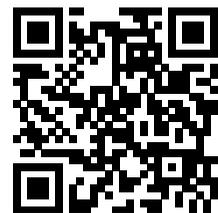
Doch neben dem menschlichen Engagement braucht jeder Sportverein auch seine Wirkungsstätte. Bereits 2019 hat die NRW-Koalition das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ in Höhe von 300 Millionen Euro ins Leben gerufen – ein Leuchtturmprojekt für den Sport in Nordrhein-Westfalen. Mit den Fördergeldern können Sporthallen und

-plätze modernisiert werden. Und trotz der steigenden Kosten durch Corona wurden 2021 dafür 100 Millionen Euro im Landeshaushalt für die Sportstätten verankert.

Auch die Sport-Infrastruktur in den Kommunen soll trotz Corona-Krise gestärkt werden. Im Sprinttempo hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund im Juni 2020 den „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ auf die Beine gestellt. Durch die insgesamt rund 47 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Sonderinvestitionsprogramm können rund 80 Projekte finanziert werden. Im Fokus stehen Maßnahmen, die besonders vielen Menschen einen Zugang zur sportlichen Betätigung ermöglichen oder auch quartiersbezogene niederschwellige Angebote mit großer Reichweite für Kinder und Jugendliche schaffen.

Der Sport lehrt uns, den Mut zu bewahren und nicht aufzugeben. Auch nicht in Zeiten von Corona. Deshalb hat der Landessportbund die #trotzdemSport-Challenge ins Leben gerufen. Mit Hilfe einer App treiben Vereinskameraden getrennt und doch gemeinsam Sport, sammeln als Team Punkte und spornen sich an. Auch die CDU-Landtagsfraktion war mit vier Mannschaften bei der Challenge dabei. Gegen den Corona-Blues, für das Gemeinschaftsgefühl.

Mehr Informationen zu den Hilfsprogrammen oder der #trotzdemSport Challenge finden Sie auf der Homepage des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen. Ein Video zur Teilnahme der CDU-Landtagsfraktion finden Sie im QR-Code.



# Unser größter Klimaschützer hat Zukunft

„Der schönste Wald ist immer der nächste vor der Haustür“, hat unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Rainer Deppe im Interview der vergangenen Ausgabe betont, „Der Wald der Zukunft wird ein artenreicher Mischwald sein.“

Der Wald ist ein Ort der Erholung, er bietet Lebensraum für die unterschiedlichsten Arten, er ist Wirtschaftsfaktor und Klimaschützer. Wir als CDU-Fraktion wollen diese Vielfältigkeit bewahren.

## Wie wir den Wald schützen

Die Landesregierung hat ein umfangreiches Waldbaukonzept aufgelegt, das darauf abzielt, unseren Klimaschützer Nummer 1 fit für die Zukunft zu machen. Darin geht es unter anderem darum, je nach Standort die passenden Bäume zu pflanzen. Rund 50 Arten wie Eiche, Douglasie, Küstentanne, Ahorn, Esskastanie oder Kiefer sorgen für die richtige Mischung, damit der Wald widerstandsfähiger wird. Wo welche Bäume am besten gepflanzt werden, steht auf der eigens eingerichteten Internetseite: Waldinfo.NRW. Das Land unterstützt Forschungen, die sich damit beschäftigen, welche langfristigen Auswirkungen der Klimawandel auf unsere Wälder hat. Der jeweilige Stand der Forschung kann für die Politik solide Handlungsbasis sein.

## Wie wir die Waldbauern und Förster unterstützen

Wenn wir vom Wald sprechen, dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die sich um den Wald kümmern. „Kalamitätsschäden“, das sagt dem Laien eher nichts. Für die Waldeigentümer sind sie ein Alptraum. Dürre, Sturm, der Borkenkäfer haben nicht nur die über Generationen gepflegten Bäume zerstört und müssen aus dem Wald geräumt werden; sie sorgen dafür, dass der Wald über Jahrzehnte als Einnahmequelle wegfällt. Während die Beseitigung des Schadholzes aus dem Wald bisher im Vordergrund stand, geht es

jetzt zunehmend um die Wiederaufforstung für die Zukunft der Wälder. Wie von der Landesregierung im Waldpakt für Nordrhein-Westfalen versprochen stehen große Fördersummen zur Verfügung. Allein im Jahr 2020 wurden gut 40 Millionen Euro an Fördergeldern ausgeschüttet. Im aktuellen Jahr stehen sogar 75 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir danken den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern, dass sie in unser aller Interesse durch die intensive Aufarbeitung des befallenen Holzes erheblich zur Eindämmung und Bekämpfung des Borkenkäfers beigetragen haben und weiter beitragen werden. Dazu zählen nicht zuletzt, auch die bestands- und bodenschonende Flächenräumung, die Aufarbeitung abgestorbener Nadelbäume und die nachfolgende Wiederaufforstung. Wir wollen, dass unser Wald lebt und zukunftsfit wird und dass diejenigen, die ihn bewirtschaften, das in unser aller Interesse auch weiterhin machen können.

## Unsere Programme für den Wald:

- Bis zum Kassenschluss 2020 konnten im Rahmen der Förderlinien Extremwetterfolgen Zuwendungen in Höhe von über 40 Millionen Euro ausgezahlt werden.
- 100 Prozent der verfügbaren Fördermittel zur Unterstützung der Waldbesitzenden wurden ausgezahlt.
- Für das Jahr 2021 stehen in den Förderrichtlinien Extremwetterfolgen und anderen forstlichen Förderrichtlinien Mittel in Höhe von 75 Millionen Euro zur Verfügung.
- Auch im Jahr 2021 soll der vorzeitige Mittelabruf bei Bedarf ermöglicht werden.
- Wir setzen uns weiterhin für eine bundesweite Baumprämie ein, mit der die Ökosystemleistungen des Waldes als Klimaschützer und CO<sub>2</sub>-Speicher, aber auch als Hort von Tieren und Pflanzen stärker als bisher honoriert werden sollen.
- Der Bund hat zusätzlich 500 Millionen Euro im Rahmen einer einmaligen „Nachhaltigkeitsprämie“ zur Verfügung gestellt.

# Digitalisierung der Schulwelt

„Digitalisierung“ – der Begriff ist nicht neu. Dennoch hat die Corona-Krise jetzt gezeigt, dass die Ausstattung der Schulen und die Förderung entsprechender technischer Kenntnisse der Lehrerinnen und Lehrer zu lange vernachlässigt wurden. Das heißt im Klartext für die NRW-Koalition: Aufholen, was die Vorgängerregierung versäumt hat – und das in kürzester Zeit. Damit haben wir unmittelbar nach der Landtagswahl 2017 angefangen.

Der Blick zurück: Im Jahr 2016 hatten in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 13 Prozent der Schulen einen Breitbandanschluss. Derzeit liegen wir bei 62 Prozent, bis 2022 sollen fast alle Schulen versorgt sein. Zudem stellte das Land den Kommunen über das Förderprogramm „Gute Schule 2020“ insgesamt zwei Milliarden Euro zur Verfügung, die auch für die Digitalisierung der Schulen in Nordrhein-Westfalen genutzt werden können. Hinzu kommen Mittel aus dem Kommunalinvestitionsfördergesetz des Bundes der Schul- und Bildungspauschale. Somit standen in den Jahren 2017 bis 2020 Mittel von über sechs Milliarden Euro zur Verfügung. Gute Voraussetzungen, die jedoch zu Zeiten einer nie zuvor dagewesenen Pandemie noch nicht ausreichten. Wir mussten handeln und haben gehandelt.

2020 hat die NRW-Koalition das bislang größte Investitionspaket in Höhe von rund 350 Millionen Euro für das Lehren und Lernen mit digitalen Medien geschnürt. Davon sind 178 Millionen Euro für das Sofortausstattungsprogramm für Schülerinnen und Schüler eingeplant. Damit sollen Jugendliche, die einen besonderen Förderungsbedarf haben, die nötige Technik erhalten mit dem Ziel, soziale Ungleichheiten zu verringern.

Darüber hinaus investiert das Land Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal und als erstes Bundesland in die Ausstat-

tung von Lehrkräften mit digitalen Endgeräten: insgesamt 103 Millionen Euro. Neben diesen Landesmitteln steht der zwischen Bund und Ländern beschlossene DigitalPakt Schule mit über einer Milliarde Euro bereit. Von den rund 297 Millionen Euro beantragten Mitteln sind schon rund 189 Millionen Euro bewilligt (Stand 15.02.2021).

Doch Geld allein reicht nicht, um den digitalen Unterricht – vor allem in Zeiten einer Pandemie – zu meistern. Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen auch das entsprechende Know-How besitzen, um den digitalen Unterricht zu gestalten. Die NRW-Koalition setzt jetzt weitere Impulse zur Qualifizierung unserer Lehrkräfte für das Lehren mit digitalen Medien. Dafür erhält jede Schule ein zusätzliches Fortbildungsbudget in Höhe von 1000 Euro. Das Schulministerium stellt für Lehrkräfte zahlreiche Unterstützungsangebote bereit, gibt praxisnahe Handreichungen zur Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht heraus. Ganz aktuell wurden Ende Februar 2,6 Millionen Euro bewilligt, um für die Schulen und Schulträger digitale Lernmittel zu erwerben.

Mit der Lernplattform LOGINEO NRW stellt das Land Nordrhein-Westfalen ein umfassendes und kostenloses Angebot für das digitale Arbeiten in unseren Schulen zur Verfügung. Diese wurde bereits 2019 an den Start gebracht. Mitte Januar arbeiteten 1815 Schulen bereits mit LOGINEO NRW. Auch die neuesten Programme der LOGINEO-Produktfamilie werden erfolgreich für den Distanzunterricht eingesetzt: Das Lernmanagementsystem LOGINEO NRW LMS, das es seit Mitte vergangenen Jahres gibt, wird ein halbes Jahr später schon von 2363 Schulen genutzt. Mit Hilfe des LOGINEO NRW Messengers mit integrierter Videokonferenzfunktion (Einführung im August 2020) kommunizieren 1476 Schulen.

Der Digitalisierungsschub war sinnvoll und hat den notwendigen Distanzunterricht in der Pandemie ermöglicht – aber nichts kann den Präsenzunterricht ersetzen. Nicht jedes Kind, auch wenn es mit einem entsprechendem digitalen Endgerät ausgestattet ist, hat zu Hause die Voraussetzungen, um vernünftig zu lernen. Deshalb war es rich-

tig, für diese Kinder eine Betreuungsoption in der Schule auch im Lockdown zu schaffen. Und Schulen für Grundschüler und Abschlussklassen als Erstes zu öffnen. Die Digitalisierung kann Schule als Lernort unterstützen und weiterentwickeln – aber Schule als sozialer Ort braucht den persönlichen Kontakt in der realen Welt. Auch in Zukunft.

## Verstärkung für das Fraktions-Team

*Wir freuen uns über unsere neuen Mitglieder in der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. Nachdem drei unserer Abgeordneten nun in den kommunalen Dienst als Landräte und Bürgermeister gewählt worden sind, können wir Anette Bunse, Helmut Diegel und Ralf Nettelstroth in unseren Reihen im Landtag begrüßen. Sie wurden am 1. November 2020 im Landtag vereidigt.*

Für mehr Informationen zu den Arbeitsbereichen unserer Abgeordneten, zu Pressemitteilungen und Initiativen schauen Sie gern auf unserer Homepage vorbei: [www.cdu-fraktion.nrw](http://www.cdu-fraktion.nrw)



**Ralf Nettelstroth**

„Ich freue mich, wieder die Interessen der Stadt Bielefeld in die Landtagsarbeit einbringen zu dürfen und vor allem mein Herzensanliegen, den Aufbau der medizinischen Fakultät in Bielefeld, aktiv begleiten zu können.“

Ralf Nettelstroth ist selbstständiger Rechtsanwalt in Bielefeld. 1983 ist er in die CDU eingetreten. Seit 2011 ist er Fraktionsvorsitzender der CDU im Bielefelder Stadtrat. Bereits von 2012 bis 2017 war Nettelstroth Mitglied der CDU-Landtagsfraktion NRW.



**Helmut Diegel**

„Wer etwas will, sucht Wege. Wer etwas nicht will, sucht Gründe. Ich suche immer Wege.“

Helmut Diegel, Jurist aus Hagen, war bereits von 1985 bis 2005 Landtagsabgeordneter. Seit 1973 ist er Mitglied der CDU und hat die Partei im Ruhrgebiet mit geprägt. 1986 bis 2005 war er zudem Mitglied des CDU-Landesvorstands. Direkt im Anschluss von 2005 bis 2010 hatte er Verantwortung als Regierungspräsident in Arnsberg. Er rückt nach für Arne Moritz, der zum Bürgermeister der Stadt Lippstadt gewählt wurde.



**Dr. Anette Bunse**

„Zurück als Abgeordnete im Landtag NRW – das macht mir große Freude. Mit viel Schaffenskraft und Schaffensfreude stelle ich mich der neuen Herausforderung und hoffe dabei auf Unterstützung ‚von oben‘.“

Anette Bunse ist Mitglied der CDU seit 1999. Sie ist Vorsitzende des Kreisverbands Bottrop. Die Mutter von vier Kindern aus dem Ruhrgebiet ist Vorsitzende der Frauen Union in ihrem Kreisverband und Vorsitzende der Frauen Union im Bezirk Ruhr. Sie ist Ratsmitglied der Stadt Bottrop und Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

# Gemeinsam für den Neuanfang

Normalerweise wären wir jetzt an dem Punkt, an dem wir die Fastenzeit hinter uns lassen und uns nach sechs Wochen bewusstem Verzicht auf das Osterfest freuen können. Aber es ist nichts normal und der Verzicht dauert schon viel länger. Im Grunde fühlt es sich an wie ein Jahr Fastenzeit: ein Jahr ohne Normalität, ohne die normalen sozialen Kontakte, das normale Arbeitsleben, die normale Freizeitgestaltung. Können wir uns trotzdem auf Ostern freuen? Oder sollten wir sogar?

Das höchste christliche Fest steht für Auferstehung, Aufbruch, den Sieg über Düsternis und Tod. Für einen Neuanfang. Wie sehr bräuchten wir den nach dieser einjährigen Fastenzeit! Klar ist: Unser normales Leben wird sich nicht einfach an Ostern erheben und wie Jesus nach drei Tagen auferstehen. Die Corona-Pandemie fordert uns weiterhin heraus. Und doch ist dieser Neubeginn der Normalität das Ziel, das wir fest vor Augen haben müssen und das in diesem Frühjahr endlich in eine Nähe rückt, die Hoffnung spendet. Das Besondere dabei: Wenn die Erlösung aus dem Griff des Virus' kommt, ist sie eine echte Gemeinschaftsleistung.

Da ist die Leistung der Wissenschaft zu nennen, die Wege im Umgang mit der Pandemie erdacht hat und jetzt mehr und mehr Impfstoffe liefert. Die Leistung von vielen Menschen in Gesundheitsämtern, die Infektionsketten nachverfolgt und gekappt haben. Die Leistung des Personals in Krankenhäusern, welches um jedes Leben kämpft. Als Politik haben wir die Leistungsträger nach Kräften unterstützt, indem wir etwa Gesundheitsämter personell verstärkt und digitalisiert oder Kapazitäten in der Intensivmedizin gefördert haben.

Vergessen dürfen wir aber auch nicht die Leistung aller, die im zurückliegenden Corona-Jahr gefastet haben.

Die Verzicht üben auf Normalität, auf soziale Kontakte und nicht wenige sogar auf ihre Lebensgrundlage. Ob das Kind, das auf den Besuch bei den Großeltern verzichtet hat, oder der Gastwirt, der sein Restaurant geschlossen hat, oder die Eltern, die auf Zeit für sich verzichtet und zu Hause zwischen Homeoffice und Betreuung rotiert haben. Jeder einzelne Beitrag und jeder individuelle Verzicht ist entscheidend für den Sieg über Düsternis und Tod. Und wenn das normale Leben aufersteht, so werden wir das gemeinsam geschafft haben. Ich glaube fest daran und freue mich deshalb auf den Neuanfang, auf Ostern. Ich finde, wir alle können uns auf dieses Fest freuen. Wir sollten sogar!



**Heinrich Frieling**

**Beauftragter für die evangelische Kirche**

Heinrich Frieling (35) ist Abgeordneter aus dem Kreis Soest und Beauftragter der Landtagsfraktion für die evangelische Kirche.

# #heyZukunft

Wir haben Ende Februar mit unseren Abgeordneten und zahlreichen Experten auf die Zukunft geschaut - bei unserer Themenwoche „#heyZukunft“. Gemeinsam mit ihnen haben wir Ideen diskutiert und Impulse gesammelt, um Nordrhein-Westfalen fit für die Zukunft zu machen.

**Wirtschaft** – Im Facebook-Live sprach unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Henning Rehbaum, mit dem Hauptgeschäftsführer von unternehmer nrw, Johannes Pöttering. Die Digitalisierung und auch der Klimaschutz sind zwei große Themen, die die Industrie momentan stark beschäftigen. Pöttering unterstrich gerade die Besonderheiten am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, wo traditionelle Unternehmen gut mit Start-Ups aus dem digitalen Sektor kooperieren können.

**Arbeitswelt 4.0** – Auch das Thema „Moderne Arbeitswelt“ war Schwerpunkt der Aktionswoche. Marco Schmitz, Sprecher für die Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt“, nahm die Follower mit auf einen Instawalk durch die Ausstellung „Arbeitswelt“ der DASA in Dortmund. Die Ausstellung nimmt uns mit von der Industrialisierung bis in die moderne Arbeitswelt mit Robotern und Drohnen.

**Für Politik begeistern** – Wichtig ist schon heute und auch zukünftig die Frage, wie wir gerade junge Menschen für Politik begeistern können. Heike Wermer, integrationspolitische Sprecherin, Mitglied der Jungen Gruppe und stv. Bundesvorsitzende der Jungen Union, diskutierte auf Instagram mit der Bloggerin Lara von Insta.Politik.

**Digitalisierung** – Florian Braun, Sprecher für Digitales und Innovation, diskutierte im Insta-Live mit der Staatsministe-

rin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, Dorothee Bär MdB. Hierbei ging es natürlich auch um den Breitbandausbau, die e-ID, die es bald schon für den Check-in im Hotel geben soll, und natürlich auch um die Digitalisierung der Verwaltung.

**Mobilität** – Autonomes Fahren ist jetzt schon fast jedem ein Begriff. Aber was kann in Zukunft in Sachen Verkehr noch möglich sein? Klaus Vossemer, Sprecher für Verkehr, sprach mit NRW-Verkehrsminister, Hendrik Wüst, im Instagram-Live über die Mobilität der Zukunft. Es geht darum, die Verkehrsträger intelligent zu vernetzen. Dabei spielt das Fahrrad eine ebenso wichtige Rolle wie moderne Antriebe.

**Umwelt- und Klimaschutz** – In 60 Sekunden beantwortete die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Ursula Heinen-Esser, Fragen rund um den Klimaschutz, unseren Wald und natürlich die Zukunft. Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg, die Klimaziele einzuhalten und somit den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Natur zu sichern.

**Gesundheit** – Wir möchten die bestmögliche medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Mit dem Virtuellen Krankenhaus geht Nordrhein-Westfalen mit einem europaweit einzigartigen Projekt voran.

**Sicherheit** – Mit der fortschreitenden Digitalisierung treiben auch Kriminelle ihr Unwesen im Internet. Nordrhein-Westfalen tut schon sehr viel, um auch die Sicherheit im Cyber-Space zu sichern. Auch der Kampf gegen Hatespeech ist eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden in NRW.

Nutzen Sie den QR-Code, um in die Gespräche reinzuhören, die unsere Abgeordneten zum Thema #heyZukunft geführt haben.





## Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

### Entscheiden.

Für die eine Hälfte der Menschen in unserem Land, die sich in Zeiten der Corona-Pandemie lautstark artikulieren, sind Abgeordnete „Totengräber wirtschaftlicher Existenzen“, weil sie die Öffnung von Schulen und Kitas vor die Öffnung von Geschäften setzen. Für die andere Hälfte sind sie diejenigen, die Kinder und Jugendliche durch Schul- und Kitabesuch „in den sicheren Tod“ schicken. Nur ein Beispiel, bei dem in den Echokammern der „sozialen“ Netzwerke nach Bestätigung der eigenen Meinung gesucht und diese meist auch gefunden wird. Die große und verständliche Sorge um die eigene gesundheitliche und wirtschaftliche Zukunft bricht sich häufig Bahn durch vehement geäußerte „Wenn-Dann“ Forderungen. Die harmlose Form davon lautet: „Wenn jetzt nicht dies oder jenes passiert, wähle ich Euch nicht mehr“. Die Meinung der eher leisen Menschen geht fast unter, weil persönliche Gespräche kaum noch möglich sind.

Auf der Grundlage dieser Vielstimmigkeit gehen wir in den Ausschüssen und den Plenarsitzungen des Landtages unserer Aufgabe nach, Entscheidungen für das künftige Handeln der Landesregierung zu treffen. Und stellen fest: die „Geschäftsgrundlage“ für unsere Entscheidungen hat sich erheblich geändert. Statt wie bisher häufig als positiv empfundene Entscheidungen für eine Vielzahl von Menschen zu treffen, waren Entscheidungen notwendig, die Grundrechte

fast aller Menschen erheblich einschränken. Dies kann (und darf!) keine Beifallsstürme auslösen, denn es ist die Reaktion auf eine Ausnahmesituation.

Uns ist bewusst, dass Entscheidungen in einer Zeit erheblicher Unsicherheiten und ständig wechselnder Gewissheiten fehleranfällig sind.

„In zweifelhaften Fällen entscheide man sich für das Richtige.“ hat der Meister des giftigen Spotts, Karl Krauss, einmal gesagt.

Wir, die Abgeordneten der CDU-Fraktion, haben manchmal Zweifel, ob die Entscheidungsgrundlagen in ausreichender Weise jedem möglichen Aspekt gerecht werden. Durch viele Gespräche und Diskussionen unter Einbeziehung externen Sachverständigen verbreitern und festigen wir das Entscheidungsfundament. So konnten wir in dieser jederzeit sehr dynamischen Lage die gesetzlichen Grundlagen für schnelles Handeln der Landesregierung zu Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen schaffen. Nicht nur, weil wir dem abwägenden, aber zupackenden Kurs unseres Ministerpräsidenten Armin Laschet und unseres Gesundheitsministers Karl-Josef Laumann vertrauen. Sondern weil wir sicher sind, dass die Summe der positiven Folgen richtiger, weil wirksamer Entscheidungen deutlich größer ist als die Folgen falscher Entscheidungen.

#### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL

**Parlamentarischer Geschäftsführer:** Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie von Schwänenflügel, Joschka Thiel, Susann Kobienia, Juliane Kinast, Dirk Herrmann, Sarah Katharina Wolpers | **Kontakt und Website:** [www.cdu-fraktion.nrw](http://www.cdu-fraktion.nrw) | **Bilder:** Shutterstock, Adobe Stock, CDU-Fraktion



Im Bild: Armin Laschet eröffnet das Wasserstoff-Testfeld im Zentrum für Brennstoffzellentechnik der Universität Duisburg Essen. Foto: Imago/Reichwein

# Aufbruch in die 20er Jahre: Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland!

*Seit mehr als einem Jahr beschäftigen uns nun die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Auswirkungen. Politik und Gesellschaft als Ganzes, aber auch jeden Einzelnen von uns hat die Pandemie vor ungewohnte und nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Vielfältige Einschränkungen waren die Folge, gesundheitliche und große existenzielle Sorgen.*

*Das vergangene Jahr hat uns aber auch vor Augen geführt, dass viel zu tun ist – unabhängig von der Corona-Pandemie. Wie im Brennglas hat uns die Pandemie verdeutlicht, dass unser Land große Herausforderungen bestehen und meistern*

*muss – Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel und Bildung. Deutschland ist mitten in einem umfassenden Wandlungsprozess.*

*Zu Beginn der 20er Jahre ist es an uns, diesen Wandel als Chance zu begreifen. Klar ist: Wir brauchen jetzt ein Modernisierungsjahrzehnt für unser Land. Wir brauchen eine neue Gründerzeit und weniger Bürokratie. Wir brauchen die Weiterentwicklung unserer bewährten Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen den Aufstieg durch beste Bildung.*

### **Innovationen fördern, Belastungen zurücknehmen!**

Unser Land verfügt über eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft mit einem starken Mittelstand. Doch der globale Wettbewerb setzt auch die deutsche Wirtschaft unter Druck. Deshalb müssen wir jetzt den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärker in den Blick nehmen. Hierbei gilt es, die Chancen und Potentiale von Innovationen in den Mittelpunkt zu stellen, dafür offensiv zu werben und diese zu nutzen.

In Nordrhein-Westfalen gehen wir zum Beispiel bei innovativen Mobilitätslösungen schon jetzt mit gutem Beispiel voran: Flugtaxi, die für viele noch wie Science-Fiction klingen, können hier schon bald Realität werden. Das Tech-Start-up Lilium will zusammen mit den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn künftig Städte wie Aachen, Bielefeld, Münster und Siegen im Elektro-Jet (ein Pilot, vier Passagiere) voll elektrisch und emissionsfrei innerhalb von 30 Minuten erreichen. Und das vermutlich schon ab dem Jahr 2025. Auch bei der Entwicklung der Elektromobilität könnte bald ein entscheidender Baustein aus Nordrhein-Westfalen kommen. In der Batterieforschungsfabrik in Münster soll die Batteriezellproduktion der Zukunft entwickelt und erprobt werden. Das vermindert die Abhängigkeit von den Märkten in Fernost. Und auch beim automatisierten Fahren macht Nordrhein-Westfalen ordentlich Tempo. Mittlerweile ist die erste automatisiert fahrende Buslinie Deutschlands in Monheim im täglichen Einsatz. Zudem wird das fahrerlose Fahren auf den Teststrecken im Aldenhoven-Testing-Center und im Realverkehr z. B. zwischen Aachen und Düsseldorf erprobt. Darüber hinaus wird am autonomen Binnenschiff und an der Entwicklung des automatisierten Fahrens auf der Schiene gearbeitet.

Wir brauchen weiterhin eine Entfesselung der deutschen Wirtschaft von bürokratischem Ballast. Gesetze, die belastend sind und wie ein Hemmschuh für Innovationen wirken, müssen überarbeitet oder gar abgeschafft werden. Gründer sollten für das erste Jahr nach der Unternehmensgründung von jeglichen bürokratischen Belastungen befreit werden. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter im eigenen Land und Impulsgeber auf der Bundesebene. Mit ihren bisher sechs Entfesselungspaketen hat die Landesregierung bereits 60 unnötige Regelungen vereinfacht und gestrichen und damit Unternehmen und Bürger von Bürokratie entlastet. Im Oktober 2020 hat die NRW-Koalition ein Maßnahmenpaket mit 48 Vorschlägen zur Entbürokratisierung in den Bundesrat eingebracht.

### **Neue Gründerzeit: Optimale Bedingungen für Start-ups**

Unser Kapital, das sind die klugen Köpfe und die Ideen in unserem Land. Wir müssen neue, kreative Ansätze unterstützen und den Weg ebnen für diejenigen, die neue Wege

gehen möchten. Unternehmerischer Mut muss Freiräume erhalten, um sich entwickeln zu können. Daher unser Ansatz einer „Neuen Gründerzeit“ für unser Land. Wir müssen Start-ups mit ausreichend Wagniskapital ausstatten. Wir brauchen mehr staatliche Anreize für Wagniskapital, mehr Ausgründungen bei Universitäten und einen nationalen Digital-Fonds als Dachfonds für Investitionen. Innovation und Neuerungen lassen sich staatlich nicht planen. Aber der Staat kann optimale Bedingungen dafür schaffen. Und darum geht es uns.

In Nordrhein-Westfalen konnten wir Ende 2020 zum Beispiel das 2000. Gründerstipendium NRW vergeben. Mit diesem Stipendium erhalten bis zu drei Gründer eines Start-ups bis zu ein Jahr lang jeweils 1.000 Euro monatlich. Ohne Angst um ihre Existenz können die Gründer verschiedenster Fachrichtungen so mit der finanziellen Unterstützung des Landes ihre Idee weiterentwickeln und erhalten ein Coaching.

Wir müssen Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen, bürokratische Genehmigungshürden senken, Vergabeverfahren schneller und schlanker machen. Es kann nicht sein, dass jemand, der in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen möchte, monatelang auf eine Baugenehmigung warten muss. Deshalb haben wir die komplette Digitalisierung der Landesverwaltung von 2031 auf 2025 vorgezogen. Besonders wichtig ist es uns dabei, den Zugang zu Verwaltungsleistungen so leicht wie möglich zu machen.

### **Ökonomie und Ökologie verbinden**

Ökonomie und Ökologie stehen sich nicht unversöhnlich gegenüber – im Gegenteil, sie gehören untrennbar zusammen und müssen noch stärker als bisher zusammen gedacht werden. Hinzu kommen: Innovation und das Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir müssen beides stärken. Dabei setzen wir auf eine Umweltpolitik mit Augenmaß, die auf Kooperation und nicht auf Konfrontation und Polarisierung setzt.

Ein Beispiel: Konsequenter eingesetzt, kann Wasserstoff als Energieträger dabei helfen, in Zukunft ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen. Nordrhein-Westfalen hat daher die Weichen für eine zukunftsweisende Wasserstoffwirtschaft bereits gestellt. Wir wollen im Land die Wasserstoffforschung weiter fördern und die Wasserstoff-Infrastruktur ausbauen. Bis 2025 sollen erste Großanlagen in Betrieb gehen, die ersten gut 100 Kilometer eines Pipeline-Netzes installiert und 400 Brennstoffzellen-Lkw unterwegs sein. Das Ziel: die industriellen Prozesse in Nordrhein-Westfalen bis 2050 annähernd klimaneutral zu gestalten. Dies kann nur durch den Einsatz von Wasserstoff erreicht werden.

Gesamtwirtschaftlich erwarten wir durch den Ausbau der Wasserstoffindustrie einen erheblichen Schub: Bis zu

130.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten allein in Nordrhein-Westfalen entstehen. Genau das meinen wir, wenn Ökonomie und Ökologie miteinander vereinen wollen.

### Digitalisierung weiter vorantreiben

Flexible Arbeitsformen und Home-Office gewinnen nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie zunehmend an Bedeutung und beeinflussen das Arbeitsleben. Doch so lange die Netz-Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum nicht flächendeckend ausgebaut ist, bleiben die neuen Arbeitsformen, das Homeworking, für viele nicht mehr als ein frommer Wunsch. An die innovative Blockchain-Technologie brauchen wir so in Deutschland erst gar nicht zu denken sein.

Auch beim Ausbau der Netzinfrastruktur gehen wir in Nordrhein-Westfalen bereits voran. Ende 2020 waren 98,7 Prozent der versorgten Fläche mit LTE versorgt. Viele weiße Flecken konnten geschlossen werden. Mit fast 4.000 installierten 5G-Erweiterungen (Mitte 2020: 1.550) hat auch der Ausbau der 5G-Infrastruktur inzwischen deutlich an Fahrt aufgenommen. Einzelne Anbieter versorgen nach eigenen Angaben inzwischen rund zwei Drittel der Haushalte in NRW mit 5G. Auch in ländlichen Regionen kommt der 5G-Ausbau voran. Um den Ausbau auch bundesweit zu beschleunigen, brauchen wir standardisierte Genehmigungsverfahren beim Ausbau von Glasfaser, LTE und 5G.

Wir müssen außerdem unsere Verwaltung im Bereich der Digitalisierung fitter machen für die Herausforderungen der Globalisierung. Dazu gehört auch auf der Bundesebene ein Digitalministerium, das seinen Namen wirklich verdient und umfassende Kompetenzen zur Modernisierung der Infrastruktur und der Arbeitsweise von Behörden hat. Wir brauchen außerdem eine Novellierung unseres Datenrechts, das Datenschutz und Datennutzung gleichzeitig ermöglicht. Überhöhter Datenschutz ist heutzutage viel zu häufig ein Hindernis für die innovative Nutzung von Daten. Dieses Spannungsfeld von Datenschutz und Datennutzung müssen wir klug in einem breiten Konsens auflösen.



Batterieforschung an der Universität Münster. Die im Batterieforschungszentrum MEET entstehenden Testzellen werden unter Ausschluss von Sauerstoff und Feuchtigkeit in der Glovebox von einem Doktoranden zusammengebaut. Foto: IMAGO / Phototek

Insgesamt müssen wir im Modernisierungsjahrzehnt die Innovationskraft, die Potentiale und die Chancen der Digitalisierung weiter nutzen. Klar bleibt aber: Trotz dieses von uns gewollten Wandels steht nach unserem Selbstverständnis stets der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Maschine, nicht die Technologie, nicht die Daten. Die Technik hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

### Aufstieg durch Bildung

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Ihnen ein modernes und digitales Bildungssystem mit echten Bildungschancen zu ermöglichen, ist unser klares Ziel. Die Pandemie hat hier manches an Nachholbedarf aufgezeigt.

Die begonnene bildungspolitische Digitalisierungsoffensive muss daher dringend und konsequent weiter fortgesetzt werden. Alle Bildungseinrichtungen müssen auf dem aktuellsten Stand der Technik sein. Aber selbstverständlich reicht Technik alleine nicht aus. Digitale Bildung muss umfassend betrachtet und verstanden werden. Neben den technischen Fähigkeiten müssen auch digitale Kompetenzen vermittelt werden. Analog zu Musikschulen sollten wir flächendeckend Digitalschulen gründen, um schon in frühen Jahren das Interesse für die Digitalisierung zu fördern und in konstruktive Bahnen zu lenken.

Bildung fängt jedoch nicht erst in der Grundschule an und hört auch nicht mit der Hochschule auf. Vielmehr gilt es die Bildungslaufbahn in Gänze zu betrachten, bereits in den Kindertagesstätten anzusetzen und auch im Alter noch qualifizierte Bildungsangebote anzubieten. Für Jugendliche, die mit 16 Jahren noch über keinen Schulabschluss verfügen, müssen wir die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr verlängern. Ebenso von zentraler Bedeutung ist auch die berufliche Bildung. Sie gilt es zu stärken, denn gerade die duale Ausbildung in all ihren Formen macht Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu einem der Hidden Champions in der Welt.

### Gemeinsam Zukunft gestalten

In jeder Krise liegt auch eine Chance. Es gilt, in diesem Wandel die Weichen für unser ganzes Land neu zu stellen. In Nordrhein-Westfalen haben wir seit dem Regierungswechsel 2017 bereits große Schritte in die richtige Richtung gemacht. Als Union wollen wir ganz Deutschland gestalten. Wir wollen vorangehen, nicht zurückfallen. Wir wollen ein Deutschland, das innovativ, nachhaltig, lebenswert und erfolgreich ist. Ein Deutschland mit starker Wirtschaft. Ein Deutschland, das Digitalisierung und Bildung großschreibt. Ein Land, in dem Ökologie und Ökonomie zusammengebracht werden. Deshalb brauchen wir dieses Modernisierungsjahrzehnt für unser Land! ■



## „Deutschland modernisieren – jetzt die Chancen der Krise nutzen“

Von Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wir stehen momentan in der schwersten Krise unseres Landes seit 75 Jahren. Es hat sich gezeigt, dass vieles gut ist in unserem Land. Die demokratischen Institutionen sind stabil. Das private Engagement sowohl in Familien wie auch im Ehrenamt ist groß. Und doch stellen wir schmerzhaft fest, dass wir mit unseren Institutionen und politischen Verfahren nicht nur aufgrund der Krise an unsere Grenzen stoßen. Wir sehen, dass andere Länder strategischer, konsequenter und agiler mit den Herausforderungen der Gegenwart umgehen. Wir sehen, dass die Verantwortungs- und Zuständigkeitsstrukturen der einzelnen föderalen Ebenen in der Krise eher ein Hemmnis als ein Vorteil sind. Wir sehen aber auch, dass wir bei Planungs- und Entscheidungsprozessen zu langsam und schwerfällig geworden sind, um auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu reagieren, geschweige denn aktiv zu agieren.

### **Gutes bleibt, alles andere muss geändert werden**

Unsere Staatlichkeit beruht im Wesentlichen auf Säulen, die zur Zeit ihrer Entstehung modern und innovativ waren. Das gilt für Verwaltungsreformen von Hardenberg und von Stein aus der Zeit der napoleonischen Befreiungskriege. Es gilt aber auch für unsere föderale Ordnung, die 1949 im Grundgesetz festgeschrieben wurde. Eine wirkliche Digitalisierung der Verwaltung in der Fläche hat darüber hinaus bislang nicht stattgefunden.

Jetzt ist der Zeitpunkt, alles auf den Prüfstand zu stellen und Staat und Verwaltung rundum zu erneuern. Wir wollen dabei die unbestrittenen Vorteile der föderalen Ordnung und der kommunalen Selbstverwaltung in das 21. Jahrhundert tragen. Wir wollen aber auch Neues wagen, Institutionen und Verfahren in Frage stellen. Gutes bleibt, alles andere muss geändert werden. Diese Krise wäre eine vergeudete Krise, wenn wir nicht daraus lernen. Deshalb müssen wir die Modernisierung unseres Staates auf diese vier Bereiche konzentrieren:

### **1. Strukturen auf den Prüfstand stellen**

Zuerst müssen wir die Strukturen, Ebenen, Institutionen und Verantwortlichkeiten unseres Staates kritisch überprüfen: Was ist doppelt, was kann weg, was muss dazu kommen? Wir haben mit Bund, Ländern, Bezirksregierungen, Kreisen und Kommunen in manchen Bundesländern bis zu fünf Verwaltungsebenen, die an irgendeiner Stelle mitentscheiden. Das geht oftmals zu langsam – schon in normalen Zeiten. Geld ist fast immer ausreichend vorhanden – es kommt aber nicht rechtzeitig dort an, wo es am dringendsten gebraucht wird. Bund, Länder und Kommunen sind in diesen Strukturen nicht schnell und nicht effizient genug.

Deshalb wollen wir die Strukturen unseres Staates überprüfen und – wo erforderlich – reformieren. Die einzelnen Aufgaben

des Staates und die zugrundeliegenden Prozesse müssen klar den föderalen Ebenen des Staates unter Einbeziehung der Kommunen zugeordnet werden. So vermeiden wir Doppelstrukturen und unklare Verantwortlichkeit. Jede staatliche Ebene braucht außerdem die Mittel, um ihre Aufgaben optimal erfüllen zu können. Deshalb müssen wir den Finanzbedarf für die Erfüllung der Aufgaben neu feststellen. Daraus ergibt sich dann die Zuweisung von Steuereinnahmen bzw. von Steuererhebungskompetenzen auf die einzelnen Aufgabenträger.

## II. Verwaltungshandeln modernisieren und beschleunigen.

Alles in allem hat unsere Verwaltung auch in der Krise überwiegend gut funktioniert. Gleichzeitig hat die Krise aber auch wie ein Brennglas klaren Handlungsbedarf offengelegt. Wenn der Staat von privaten Arbeitgebern Home Office für alle verlangt, aber in Ländern wie Berlin nur ein Bruchteil der Mitarbeiter überhaupt über Dienstlaptops verfügt. Wenn Senioren in ihrem Bundesland einen Impftermin buchen wollen, aber selbst mit Unterstützung der Enkel an Warteschleifen und abstürzenden Internetseiten scheitern. Deshalb müssen wir die Gewissheiten des Verwaltungshandelns einer umfassenden Überprüfung unterziehen. Hierarchien, Entscheidungsabläufe, Schriftgutverwaltung, Vergabewesen müssen wir zeitgemäß weiterentwickeln. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen wir konsequent entschlacken und dann beschleunigen.

Die Beamten und Angestellten in der Verwaltung machen einen guten Job und haben sich in der Krise als verlässliche, zuverlässige Kraft erwiesen. Gerade für den überdurchschnittlichen Einsatz in den letzten Monaten zollen wir ihnen Dank und Respekt. Gleichwohl wissen viele von uns, wie Verwaltungsstrukturen auch gute Ideen ausbremsen und notwendige Initiativen im Sande verlaufen lassen. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir brauchen mehr Raum für neue, agile Arbeitsweisen und -methoden in der Verwaltung. Die Expertise von Seiteneinsteigern müssen wir nutzen und den Wechsel von der Wirtschaft in die Verwaltung und zurück Realität werden lassen.

## III. Unseren Staat grundständig digitalisieren

Bund, Länder und viele Kommunen haben in den letzten Jahren intensiv am Fundament für eine umfassende Digitalisierung gearbeitet. Wichtige Projekte, wie das Onlinezugangsgesetz und die Registermodernisierungen haben gute Grundlagen geschaffen oder werden sie schaffen. Aber gerade in der Krise wäre es gut gewesen, wenn wir schneller und schon weiter gewesen wären. Wir können uns deshalb keine weiteren Verzögerungen leisten. Meine Zielvorstellung für das Modernisierungsjahrzehnt der 20er Jahre ist deshalb die Digitalisierung aller wesentlichen Verwaltungsdienstleistungen. Die Verwaltung muss jeden Bürger digital mit den notwendigen Dienstleistungen versorgen können: Für jede Generation. Zu jeder Zeit und an jedem Ort. Sicher, benutzerfreundlich und barrierefrei.

Dabei müssen wir die Themen Datenschutz und Cybersicherheit neu denken: Die Regeln zum Datenschutz müssen wir entschlacken. Im Kern unserer Überlegungen muss stehen, wie wir Daten für bessere Dienstleistung und Versorgung der Bürger nutzen können – und nicht, Datennutzung weitestmöglich zu verbieten. Gleichzeitig müssen wir den Bereich Cybersicherheit priorisieren, um staatliche und private Infrastrukturen zu schützen.

## IV. Bevölkerungsschutz stärken

Viertens und zuletzt: Die Fähigkeiten von Bund und Ländern im Bevölkerungsschutz müssen wir besser verknüpfen und somit insgesamt deutlich stärken. Dafür sollten wir die Lektionen aus der Coronakrise systematisch erheben und kritisch reflektieren.

Gefahren für die Bevölkerung können im Cyberraum, durch Klimawandel, durch Überschwemmungen oder im Gesundheitsbereich entstehen. Die nächste große Krise kommt vielleicht erst in 20 Jahren, vielleicht aber schon in 2 Jahren. Wir müssen vorbereitet sein. Wir müssen den Staat so aufstellen, dass er für unvorhergesehene Katastrophen gewappnet ist. Im Bund müssen wir eine zentrale Schaltstelle schaffen. Wir müssen Krisen üben, Automatismen schaffen. Wir brauchen einsatzbereite Krisenstäbe, die in der Fläche und mit dem betroffenen Personal üben. So wie unsere Bundeswehr im Kalten Krieg gut ausgebildet und mit einer starken Reserve ausgestattet in ständiger Bereitschaft war. So müssen wir jetzt die Strukturen zum Schutz der Bevölkerung aufstellen. Die Bundeswehr spielt dabei eine wichtige Rolle, aber auch THW und freiwillige Feuerwehren und weitere Bereiche des Ehrenamtes.

Die verfassungsrechtlichen Kategorien für den Krisenfall entstammen einer Zeit, in der militärische Auseinandersetzungen die wahrscheinlichsten Krisenauslöser waren. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Deshalb müssen wir uns für aktuelle Krisen wappnen. Zum Beispiel sollten wir uns Artikel 35 des Grundgesetzes genauer ansehen. Wir müssen in der Lage sein, im Krisenfall schnellstmöglich Kräfte überall dort in Deutschland einzusetzen, wo es erforderlich ist. Hier müssen wir klare Strukturen und eindeutige Abstimmungswege zwischen Bund, Ländern und Kommunen schaffen.

## Ausblick

Diese vier Schritte für eine Modernisierung des Staates sind meine Lehren aus der Pandemie. Wir stehen am Anfang eines Modernisierungsjahrzehnts. Wir sollten die Krisenfestigkeit unseres Landes stärken und ausbauen. Da gibt es noch sehr viel zu tun. Wir müssen jetzt damit anfangen. ■

## 11 Fragen an Nina Weishaupt

**Nina Weishaupt** ist 23 Jahre alt und studiert Medizin an der Universität zu Köln. Aktuell lebt sie in Großbritannien und forscht an der University of Cambridge im Fachbereich Embryologie. Dort engagiert sie sich in der Cambridge University Conservative Association. Vor dem Abitur war Nina Weishaupt Vorsitzende der Jungen Union Eschweiler, als Studentin wurde sie 2018 zur Landesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten Nordrhein-Westfalen gewählt. Ihre politischen Schwerpunkte sind die Wissenschafts- und Gesundheitspolitik. Im Arbeitskreis Gesundheit des CDU CDU-Bundesfachausschusses für Soziale Sicherung und Arbeitswelt engagiert sie sich für ein zukunftsfähiges deutsches Gesundheitssystem. Die Förderung der Grundlagenwissenschaft als Basis für medizinische Innovation liegt ihr dabei besonders am Herzen. Beim ersten digitalen Parteitag der CDU Deutschlands war sie die jüngste Delegierte aus Nordrhein-Westfalen.

### **Als Kind wollten Sie sein wie?**

Sherlock Holmes oder Bellerophon!

### **Wie sind Sie in die Politik gekommen?**

Mit 14, ziemlich früh.

### **Wer ist Ihr politisches Vorbild?**

Margaret Thatcher – kontrovers, ich weiß.

### **Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?**

Es gibt erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Kommunikation zwischen Institutionen/Personen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Viel zu oft beobachte ich, dass kaum über den Tellerrand der eigenen Themen geschaut wird. Zukunftsfähige Politik muss klüger, weitsichtiger und vernetzter werden, weil die Probleme und Fragestellungen des 21. Jahrhunderts wesentlich komplexer sind als die der Vergangenheit.

### **Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?**

Meinen guten Freund Johannes, der hier in Cambridge Philosophie studiert und SPD-Mitglied ist. Wenn der Austausch von Argumenten und Meinungen wertschätzend erfolgt, ist das unfassbar bereichernd für beide Seiten.

### **Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?**

Zu Zeiten der Pandemie spaziere ich am liebsten entlang der Cam zu den Granchester Meadows. Ansonsten besuche ich gern Freunde, gebe Friesenrock-Tanzunterricht und lese Bücher über moderne Kunst, vorzugsweise Surrealismus.

### **Was lesen Sie gerade?**

Churchill at War 1940 to 1945: the memoirs of Churchill's doctor.

### **Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?**

Electroswing, Karneval, Klassik (vor allem Mahler und Wagner).

### **Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?**

Ich habe keinen Fernseher. Auf Netflix gefällt mir die australische Krimiserie „Miss Fisher's Murder Mysteries“, die in den 20ern in Melbourne spielt.

### **Haben Sie ein Lebensmotto?**

Ohne Risiko keine Magie.

### **Wie haben Sie den digitalen Bundesparteitag erlebt?**

Meine Forschungsprojekte sind sehr zeitintensiv und bedürfen physischer Anwesenheit, auch am Wochenende. Daher hätte ich meinen Delegiertenplatz nicht wahrnehmen können, wenn dazu eine Reise nach Deutschland nötig gewesen wäre. Insofern hat das digitale Format meine Teilnahme überhaupt erst ermöglicht. Sicher bietet ein digitaler Parteitag derartige Vorteile. Dennoch halte ich das Flair eines analogen Parteitages für unersetzbar und freue mich auf die Zeit, wenn das wieder möglich ist.

# 11 Fragen an Otto Wulff

**Prof. Dr. Otto Wulff**, in Hennen/Westfalen am 5. Januar 1933 geboren, hat sein Berufsleben als Direktor der Zentrale bei der Deutschen Bank AG verbracht. Daneben war er Honorarprofessor für Internationales Entwicklungs- und Finanzrecht an der Ruhr-Universität Bochum. 1953 in die CDU eingetreten, war er von 1969 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort hat er die Interessen der Union im Auswärtigen Ausschuss vertreten. Als Mitglied des Europarates (1983 bis 1991) hat er den Rechtsausschuss geleitet, von 1980 bis 1991 fungierte er als Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Bereits seit 2002 vertritt er Bundesvorsitzender die Senioren-Union der CDU Deutschlands, dem CDU-Bundesvorstand gehört er seit 2008 an. Prof. Dr. Otto Wulff war beim vergangenen 33. Parteitag der CDU Deutschlands der älteste Delegierte aus Nordrhein-Westfalen.



**Welchen Berufswunsch hatten Sie als Kind?**  
Pilot.

**Wie sind Sie in die Politik gekommen?**  
Durch meinen Vater, er war Mitbegründer der CDU.

**Wer ist Ihr politisches Vorbild?**  
Carl Goerdeler, Konrad Adenauer, mein Vater.

**Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?**  
Heilmittel für alle Krebserkrankungen.

**Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?**  
Otto Solms.

**Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?**  
Lesen – Schreiben – Joggen im Wald.

**Was lesen Sie gerade?**  
„Trotzdem: Was uns zusammenhält. Berichte zur Lage der Nation“, herausgegeben von Christoph Bertram und Thomas Mirow.

**Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?**  
Bach – Mozart – Johann Strauß.

**Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?**  
Fußballübertragung Schalke 04 – Borussia Dortmund.

**Haben Sie ein Lebensmotto?**  
Wer sich heute freuen kann, soll nicht bis morgen warten!

**Den letzten Bundesparteitag haben Sie – im Gegensatz zu zahlreichen zuvor – digital erlebt. Wie war diese Umstellung für Sie?**  
Gewöhnungsbedürftig.

# SUPERWAHLJAHR 2021: DAS SCHRECKGESPENST ROT-ROT-GRÜN (ODER GRÜN-ROT-ROT) VERHINDERN

Von Frederik Lehmann

In Thüringen, Bremen und Berlin treibt es bereits sein Unwesen und auch auf Bundesebene steht es in den Startlöchern: Das Schreckgespenst „Rot-Rot-Grün“ ist zurück und droht im Superwahljahr 2021 auf vielen Ebenen und nicht zuletzt bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 Realität zu werden. Dabei würde ein solches Bündnis mittlerweile wohl eher „Grün-Rot-Rot“ als „Rot-Rot-Grün“ heißen. Doch die Konsequenzen, die die Politik eines solchen Linksbündnisses für die gesamte Bundesrepublik hätte, wären gleichermaßen folgenschwer.

## **Auswirkungen auf die bundesweite Politik**

Die Bundestagswahl im Herbst ist eine richtungsweisende Wahl für ganz Deutschland. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigt hat, nicht erneut zu kandidieren, wird es im Herbst erstmals seit 16 Jahren einen Kanzlerwechsel geben. SPD und Grüne wittern vermeintliche Siegchancen, jedoch: Das Kanzleramt ist in weite Ferne gerückt. Sie bräuchten die Linke, um gemeinsam regieren zu können. Hier kann man sich sicher sein: Stünde im Glas ein rot-rot-grüner Strohalm, sie würden diesen wählen. Die Folgen für die Menschen in Deutschland wären fatal. Die Regierungserfolge der letzten 16 Jahre, die vor allem geprägt waren durch eine Politik für die Mitte der Gesellschaft, könnten innerhalb kurzer Zeit durch ideologiegeprägte Politik aufs Spiel gesetzt werden. Hier stehen nicht mehr die Menschen und der Zusammenhalt der Gesellschaft im Vordergrund, sondern politische Ideologie und Restriktionen ohne jeglichen Sachverstand.

## **Grün-Rot-Rot steht für Inkonsequenz**

Egal ob Grüne oder Sozis die Führung übernehmen: Wofür ein linkes Bündnis steht, zeigt vor allem die katastrophale Regierungsarbeit im Stadtstaat Berlin.

Hier hat sich seit der Regierungsübernahme im Dezember 2016 zum Beispiel bei der Inneren Sicherheit ein absolutes Vakuum ergeben. Wurde unter der rot-schwarzen Vorgängerregierung der Besitz von Cannabis-Kleinstmengen im Drogenumschlagsplatz Görlitzer Park noch konsequent strafrechtlich verfolgt, hat Rot-Rot-Grün dies eingestellt. Da laut Berlins Innensenator Andreas Geisel „eine nachhaltige Verbesserung der Lage“ nicht eingetreten sei, hat man sich dazu entschieden, den Besitz von Cannabismengen bis zu 15 Gramm nicht mehr zu verfolgen. Das ist ein Freifahrtschein für alle Drogendealer und Kriminellen im Görlitzer Park. Seit Jahren ist die Grünfläche bereits ein rechtsfreier Raum, in den sich die Bürgerinnen und Bürger kaum noch wagen: Dealer belästigen Passanten. Anwohner sind tief frustriert und fühlen sich im Stich gelassen. Kinder können dort nicht mehr spielen. Anstatt für eine „Null-Toleranz-Politik“ gegen die Kriminalität, wie sie durch Innenminister Herbert Reul seit 2017 in Nordrhein-Westfalen aktiv betrieben wird, hat man sich in Berlin dazu entschieden, diesen Raum sich selbst zu überlassen. Das ist nicht nur eine Kapitulation vor dem Unrecht, sondern zugleich eine Einladung zu noch mehr Kriminalität.

Darüber hinaus behindert sich die rot-rot-grüne Koalition in der Hauptstadt in ihrer Politik selbst. Bei zentralen Themen wie Bildung, Wohnen und Verkehr ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Streitigkeiten und zähen Diskussionen statt Lösungen gekommen. Im Koalitionsausschuss wurde häufig keine Einigung erzielt und wichtige Projekte zum Beispiel in der Bildungspolitik wurden immer wieder vertagt. Und das obwohl die Probleme, wie fehlende Schulplätze, seit langem bekannt sind. Rot-rot-grüne Politik ist handlungsunfähig. Statt einer pragmatischen Politik werden ideologische Konflikte innerhalb der Koalition ausgetragen. Das führt letztlich dazu, dass die Menschen die Leidtragenden sind, weil wichtige Probleme nicht angegangen werden.

### Grün-Rot-Rot steht für Bevormundung

Grün-Rot-Rot ist zudem in keiner Konstellation eine progressive Alternative, sondern eine Koalition, die für Bevormundung, Steuererhöhung und Enteignung steht. Insbesondere die Grünen haben in der Vergangenheit immer wieder Themen aufgegriffen, die für eine solche Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger stehen. Diskussionen rund um den „Veggie-Day“ oder Tempolimits haben den Grünen bereits den Stempel der Verbotspartei aufgedrückt. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im November 2019 hat man zudem einen Beschluss gefasst, der sich gegen den Bau von Einfamilienhäusern richtet. Hier heißt es: „Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleiß sie extrem viel Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden Ortskernen.“ Eine Haltung, die Fraktionschef Toni Hofreiter noch einmal deutlich bekräftigt hat. Und nicht nur im Bezirk Hamburg-Nord versuchen die Grünen aus diesem Programm Realität zu machen. Die Verbotspartei ist also wieder da: Diesmal will man den Eigentümern an den Kragen. Unsere stellvertretende Landesvorsitzende und Bauministerin Ina Scharrenbach hat Recht, wenn sie sagt, dass die Grünen ein Problem mit dem Eigentum haben. „Freiheit bedeutet auch, die Freiheit zu haben, selbst zu entscheiden, wie man wohnen möchte“ sagte sie der Neuen Westfälischen. Das Eigentumsverbot zeigt einmal mehr: Die Regelungs- und Verbotswut dieser Partei hat direkte Auswirkungen auf die Zukunftspläne von vielen Menschen, hier vor allem auf die Pläne und Bedürfnisse junger Familien. Nahezu identisch verhält es sich auch beim Thema Solaranlagen. Hier forderten die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag die Installation von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung bei Neubauten und bei der Dacherneuerung von bestehenden Gebäuden über ein Landesgesetz vorzuschreiben. Dabei hat Bauministerin Ina Scharrenbach erklärt, dass sich bei Privatdächern angesichts des massiven Zubaus an Anlagen zeigt, dass private Hausbauer bereits vielfach freiwillig ihre Dachflächen sinnvoll nutzen. Auch hier zeigt sich eindrucksvoll der politische Kurs der Grünen: Bevormundung statt freie Wahl, Zwang, anstatt positive Anreize zu schaffen.

Beim Thema Steuererhöhungen haben sich die Grünen zuletzt bedeckt gehalten. Dafür hat die SPD diese „Lücke“ offensiv für sich beansprucht. Möchtegern-Kanzler Olaf Scholz hat bereits angekündigt, Einkommen von Besserverdienern höher besteuern zu wollen. Ab welcher Einkommenshöhe genau dies geplant sei, ließ er offen. Hier steht der politische Klassenkampf wieder mal vor der wirtschaftspolitischen Vernunft.

### Regieren um jeden Preis

In der heutigen Zeit ist es keiner Partei möglich, alleine regieren zu können. Sondierungsgespräche und Koalitionsverhand-

lungen sind allgegenwärtig in der Regierungsfindung. Die Situation in Thüringen zeigt zugleich, dass sich Grüne ebenso wie Sozialdemokraten auch keineswegs zu schade sind, unter einem linken Ministerpräsidenten zu agieren, nur der Regierungsämter und der Dienstwagen wegen. Wieso sollten SPD oder Grüne daher auf Bundesebene die Linken als potenziellen Steigbügelhalter ablehnen? Vielmehr liebäugeln prominente Vertreter der SPD, wie die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und SPD-Generalsekretär Lars Klingelbeil, bereits mit einem solchen Bündnis. Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und designierte neue SPD-NRW-Chef Thomas Kutschaty hat ein solches Bündnis alles andere als ausgeschlossen. Um seine Abneigung gegenüber einer schwarz-roten Koalition macht er dabei zudem keinen Hehl. Die Grünen halten sich diesbezüglich zwar noch bedeckt, doch selbst Baden-Württembergs vermeintlich verbürgerlichter, grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat eine solche Koalition nicht ausgeschlossen. Die Grünen müssen daher endlich Farbe bekennen, um sich nicht vollkommen unglaubwürdig zu machen!

### Fazit: wer Grün wählt, bekommt Dunkelrot

Fest steht: Wer bei der Bundestagswahl grün wählt, bekommt im Zweifel DUNKELROT. Die SPD ist sich für eine Juniorpartnerschaft längst nicht mehr zu schade. Die Zusammenarbeit mit den Linken ist dabei offensichtlich auch kein Problem. Springen die Grünen ebenfalls auf diesen Zug auf, ist ein grün-rot-rotes Bündnis nicht nur realistisch, sondern reale Bedrohung. Die Richtung einer grün-rot-roten Koalition zeichnet sich schon jetzt ab: Unter dem Deckmantel einer bürgernahen, sozialen Politik sind finanzielle Belastungen für die Mitte der Gesellschaft sowie Bevormundung und Verbote an der Tagesordnung. Ein absoluter Rückschritt für unser Land. Bürgerinnen und Bürger, die mehr grüne Politik wollen, bekommen damit automatisch sozialistische Politik hinzu.

Ist dieser Bock auf Bundesebene erstmal umgestoßen, schrecken die Parteien auch in den anderen Bundesländern nicht mehr vor solchen Koalitionen zurück. Die Folge: Auch bei der Landtagswahl im Mai 2022 hier in Nordrhein-Westfalen droht das Schreckgespenst Grün-Rot-Rot. Das hätte ebenfalls dramatische Folgen: Die begonnene Aufstiegs Geschichte Nordrhein-Westfalens wäre zu Ende. Der direkte Wiederabstieg würde folgen. ■

## Liebe Freunde der CDU,

mit der Entwicklung wirksamer Impfstoffe gegen COVID-19 und der zunehmenden Impfrate in der Bevölkerung, wird das Licht am Ende eines langen Tunnels immer heller. Die Gefahr durch dieses zerstörerische Virus ist noch lange nicht gebannt, aber wir sind doch viel weiter, als wir zu Beginn der weltweiten Pandemie zu hoffen wagten.

Durch die Pandemie wurde der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf eine harte Probe gestellt. Und doch können wir einen unglaublichen persönlichen Einsatz vieler bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie beobachten: Ärzte und Pfleger in den Krankenhäusern, in Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen, in unseren Kindertagesstätten, in den Schulen, in den Gesundheitsämtern, bei der Bundeswehr. Diese Liste ließe sich leicht fortsetzen und ich würde doch nicht alle aufzählen können, auf deren Schultern in den vergangenen Monaten eine besondere Last lag und weiterhin liegt. Ihnen allen sage ich einen herzlichen Dank.

Die Pandemie ist noch nicht besiegt und doch müssen wir schon jetzt beginnen, die Lehren daraus zu ziehen. Wir brauchen eine umfassende Analyse über das, was war. Schon jetzt ist klar: Wir müssen unsere Gesellschaft modernisieren und zukunftsfähig machen. Das wird ein schwieriger und umfassender Prozess, der uns als CDU vieles abverlangt. Wir werden enorm viel erklären, diskutieren und erläutern müssen. Wir müssen dabei die Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Denn nur dann schaffen wir Akzeptanz für das, was wir für unser Land erreichen wollen: Ein innovatives und lebenswertes Deutschland.

Lassen Sie uns daher zusammen geschlossen in das Bundestagswahljahr 2021 gehen. Lassen Sie uns klug agieren und echte Lösungen für die Menschen im Land präsentieren. Und lassen Sie uns mit einem Erfolg bei der Bundestagswahl im September die Grundlagen für eine erfolgreiche Landtagswahl im kommenden Jahr legen.

Armin Laschet hat seit der Regierungsübernahme im Sommer 2017 in Nordrhein-Westfalen schon vieles umgesetzt, verändert und transformiert. Der Tanker Nordrhein-Westfalen hat sich gedreht, vieles ist auf dem Weg. Viele Impulse sind von Nordrhein-Westfalen quasi als Blaupause in den Bund gegeben worden.

Insofern bedauere ich es, dass wir Armin Laschet als langjährigen erfolgreichen Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen verlieren und danke ihm ausdrücklich für seine Arbeit als Parteivorsitzender hier im Land. Aber seine Arbeit in Berlin, die wir als Landesverband voll und ganz unterstützen, geht ja weiter. Und wer Nordrhein-Westfalen kann, der kann auch Berlin.

Ihr  
Josef Hovenjürgen MdL



Hovenjürgens  
**ANSAGE!**



DIE DEUTSCHE  
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» **FÜNF**  
**REGELN, 100 %**  
**FASZINATION.** «

*Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau*

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL  
MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal  
Spielerschutz • Geprüfte Qualität

[automatenwirtschaft.de](http://automatenwirtschaft.de)

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).



#CDUPT21:



# Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!

Aus NRW sind gewählt:

Parteivorsitz

Stellvertreter

Präsidium



Armin Laschet



Jens Spahn



Karl-Josef Laumann



Norbert Röttgen

Mitglieder des Bundesvorstands



Hermann Gröhe



Serap Güler



Thomas Kufen



Carsten Linnemann



Herbert Reul



Ina Scharrenbach



Otto Wulff

Alle Informationen zum 33. Parteitag finden Sie unter: [www.cdu-parteitag.de](http://www.cdu-parteitag.de)